

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Tierhaltung in Bewegung!

Foto: Manke

Schwerpunkt Tierschutz

Alle reden vom Tierschutz. Umsetzungsmöglichkeiten, die für die Tiere wie auch für die Bauern wirkungsvoll funktionieren, sind bislang allerdings eher dünn gesät. Überblicke, die Gesetzeslage, Beispiele aus der Praxis und der Kommentar auf den **Seiten 2, 11-14.**

Agrarreform

Ums Greening wird weiter gerungen. Ein breites Bündnis aus gesellschaftlichen Gruppen positioniert sich. EU-Kommissar Dacian Ciolos bekommt den Wunsch nach einer sozialen und ökologischen Reform per Fahrrad überbracht, auf den **Seiten 4, 5, 18.**

Bewegung

Der Good Food March erreicht nach vielen Unterwegsaktionen Brüssel, Milchbäuerinnen treffen sich kämpferisch, Saatgutvielfalt-Initiativen machen Druck für Neuregelungen in ihrem Sinne – viel Bewegung auf dem Land und auf den **Seiten 8, 15, 19 und 24.**

Die Seite 3

Schleichende Gifte, kranke Kühe und Menschen 3

Agrarpolitik

Westerwelle und Merkel verhandeln Greening. 4

Wir sind gegen Flächenstilllegung 5

Wohlverdient am Ruhestand 7

Nur gemeinsam Für eine Landwirtschaft der Zukunft 16

Milch

Bauernproteste für gerechte Milchpreise 6

Milch ist knapp und der Preis trotzdem niedrig 6

Bewegung

Frauen die sich einmischen 8

Für eine andere Agrarpolitik 18

CAP-Snaps für eine bessere Agrarpolitik 19

Markt

Holland fordert Preis- und Mengenregulierung 10

Schwerpunkt

Tierschutz geht nur mit Bewegung 11

Mehr Tierwohl per Gesetz 12

Mit Betäubung für Mensch und Tier 13

Schwesterliche Brüder 13

Auch die konventionelle Agrarindustrie macht Ökolandbau .. 14

Nachbau

Wahlfreiheit eingeschränkt, Biodiversität verdrängt 15

Gentechnik

In Argentinien sterben Kinder 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Benjamin Müller und Siegfried Herbst, Seite 9; Leserbrief, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Der Tierschutz in der Nutztierhaltung ist mitten in der Gesellschaft angekommen. Er ist zu einem entscheidenden Kriterium für die Lebensmittelqualität geworden. Die Gewissheit oder zumindest das sichere Gefühl, dass es den Tieren gut ging, bestimmt maßgeblich darüber, ob die Menschen „Ja“ sagen und gerne zugreifen, wenn sie an der Fleischtheke stehen. Deshalb brüten in allen Handelshäusern und Schlachtkonzernen die Führungsetagen darüber nach, wie sie auf diesen Druck reagieren. Wer keine adäquate Antwort findet, dem drohen Verluste im Geschäft. Für die (Agrar-) Politik ist das Thema mindestens so wichtig geworden: Wer als Ministerin oder Minister nicht entsprechend handelt, wird sich nicht lange halten. An Tierschutz geht kein Weg vorbei. Aber wie geht Tierschutz? Und mit wem? Die Träger des QS-Systems um Bauernverband und Fleischwirtschaft verfolgen vor allem zwei Ziele: Erstens wollen sie ihre Exportanteile sichern und noch weiter ausbauen. Also soll das vermeint-



Kommentar

Fair zum Tier
Fair zum Bauern

liche Mehr an Tierschutz höchsten so ausfallen, dass die zusätzlichen Tierschutzmaßnahmen nicht teurer werden als die Kosteneinsparungen, die sie sich von den von ihnen ange-

strebten weiteren Rationalisierungsschritten erhoffen. Mehr Tierschutz mit mehr Rationalisierung und Strukturwandel ist ihre Leitschnur.

Zweitens wollen die QS-Protagonisten mit aller Macht verhindern, dass sich die Fleischtheke am Thema Tierschutz weiter ausdifferenziert, denn dann käme der allgemeine QS-Standard bei Verbrauchern in Erklärungsnot. Also bastelt QS an Systemen, wo zwar die einzelnen Bauern für einzelne Tierschutzverbesserungen vielleicht ein paar Cent mehr je Kilo Schlachtgewicht bekommen. Aber am Regal soll auf keinen Fall erkennbar sein, ob das Schnitzel von einem Schwein stammt, das mehr Platz, spaltenfreie Liegeflächen, Stroh und einen ganzen Ringelschwanz hatte. Produktbezogene Tierschutz-Label mit klaren und anspruchsvollen Kriterien wollen diese Kreise möglichst vom Markt fernhalten.

Es geht um viel: um Tierschutz und Marktanteile. Es ist noch offen, wie das ausgeht. Für uns als AbL ist immer schon ein zentraler Punkt, dass wir Bauern mit unseren Mehrleistungen am Markt erkennbar werden müssen. Sonst haben wir keinerlei Einfluss, und andere schöpfen sich den Mehrwert ab. Das war ein Kernanliegen, warum AbL, Tierschutzbund und BUND vor 30 Jahren gemeinsam das NEULAND-Programm für artgerechte Tierhaltung gegründet und gemeinsam am Markt etabliert haben. Jede Seite hat ihre Kompetenz eingebracht, allen wurde und wird etwas abverlangt, aber alle haben auch wirklich etwas davon. Der Ansatz hat sich bisher bewährt. Wir wollen Tierschutz aus bäuerlichem Interesse heraus stärken. Wir sagen ja zu mehr Tierschutz, aber wir wollen das verbinden mit der notwendigen Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft.

Das ist auch in der Politik kein Selbstläufer. Aktuell wird z.B. mit dem Entwurf für eine Genehmigungspflicht für Auslaufhaltung bei Schweinen die Errichtung eines Auslaufes erschwert. Nach der „Charta für Landwirtschaft“ aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium dachten wir doch, dass besonders der offene Auslauf endlich die Anerkennung für das Tierwohl gefunden hat. Der Abluftfilter für große Stallanlagen ist eigentlich Stand der Technik. Mit dieser Anerkennung tun sich Genehmigungsbehörden bisher in den Genehmigungsverfahren nach Immissionsrecht schwer. Was aber, wenn diese Technik verbindlich für jede Schweinehaltung kommt? Da geht es nicht nur um die Skalenvorteile, die ein 5.000er Stall gegenüber einem 500er hat. Es geht auch darum, dass offene Stallsysteme, die besonders dem Tierwohl gerecht werden und die die besten Chancen für eine Umsetzung in bäuerlichen Betrieben haben, noch genehmigungsfähig bleiben.

Wenn wir Tierschutz nicht mit richtigen Inhalten füllen, droht er sogar gegen bäuerliche Landwirtschaft instrumentalisiert zu werden. Das würde auch den Tierschutzverbänden kräftig auf die Füße fallen. Wir sollten daher wie bisher intensiv und gemeinsam selber in den Lösungen vorangehen, anstatt uns hinterher verspätet „Lösungen“ diktieren zu lassen, die weniger mit Tierschutz als mit industriellen Systeme kompatibel sind.

Bernd Vofß,

Mitglied im AbL-Bundesvorstand

Impressum

**unabhängige
bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung:
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;
Postvertriebsstück 1 K 12858E

Schleichende Gifte, kranke Kühe und Menschen

Die Geschichte eines Bauern, der nicht nur gegen den Botulismus verloren hat

Gespentisch mutet es an, am sonnigen Spätsommertag mit blauem Himmel und weißen Wölkchen auf dem Hof von Hermann Bormann. Die einzigen Tiere sind die Schwalben, die aufgeregt durch die offenen Stalltore sausen. Kein glucksendes Wiederkäuen, keine rauschende Viehtränke, kein klapperndes Fressgitter. Die große Halle, der Boxenlaufstall für 150 Kühe und der Jungvieh- und der Abkalbestall mit seinen Buchten ist nicht deshalb leer, weil die Tiere auf der Weide stehen. Er ist richtig leer, weil es auf dem Hof Bormann keine Tiere mehr gibt. Hermann Bormann, ein gestandener Bauer, steht vor dem Scherbenhaufen seiner Existenz. Seine letzten Kühe hat er im Juni weggegeben, auch deshalb weil die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die seiner Herde seit über zehn Jahren zu schaffen machen, auch ihn körperlich in Mitleidenschaft gezogen haben. Bormann spricht davon, dass ein Krankheitsgeschehen auf seinem Hof stattgefunden habe, das an mehreren Faktoren hänge, von einfachen Wahrheiten hält er nicht viel. Davon sind ihm in den vergangenen Jahren zu viele von den unterschiedlichen Leuten präsentiert worden, die damit unterschiedliche Zielsetzungen je nach ihrer Interessenslage verfolgt haben.

Hervorragendes Betriebsergebnis

Der Milchviehbetrieb von Hermann Bormann unweit der Weser und der Stadtore Bremens gehörte immer zu den Spitzenbetrieben in den Berichten des Milchkontrollvereins. Im Jahr 2000 beglückwünschte der Kreisstellenleiter der örtlichen Landwirtschaftskammer Bormann zu seinem „hervorragenden Betriebsergebnis“. Es sei „schon bewundernswert, wie Sie es organisiert bekommen, im mehr oder weniger 1-Mann-Betrieb 145 Kühe zu melken und damit eine Quote von über 1 Mio. kg zu liefern“. Ein Jahr später – Hermann Bormann erinnert sich noch auf den Tag genau – bekam er eine Kraftfutterlieferung aus dem Werk der örtlichen Raiffeisengenossenschaft, das 150 Meter jenseits seines Stalles angrenzend an die Hofweide steht. Von dort hat er immer schon das Kraftfutter für seine Kühe bekommen, diesmal staubt es ungewöhnlich stark. Schnell stellen sich bei den Tieren wie auch bei ihm Atemprobleme ein, er schickt die Futtercharge zurück, sie wird untersucht, aber nichts Ungewöhnliches darin gefunden. Aber anstatt dass mit der Futterlieferung auch die Schwierigkeiten wieder gehen, werden sie mehr, zumindest zunächst bei

den Tieren. Lähmungen, Sehstörungen, Klauenprobleme, Fruchtbarkeitsstörungen, Festliegen und Totgeburten werden immer massiver und durch keine tierärztliche Behandlung zu kurieren. 2004 bekommt die zunächst als ungeklärtes Krankheitsgeschehen betrachtete Tragödie auf dem Hof vom Kreisveterinär einen Namen: „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit resultieren die Bestandsprobleme aus einer Infektion/Intoxikation durch Clostridium Botulinum.“ Und zwar wird als Diagnose die „viszerale“, also chronische Form des Botulismus angegeben. Das ist ungewöhnlich, schließlich gibt es bis heute in wissenschaftlichen Kreisen gewisse Vorbehalte gegenüber der Anerkennung dieses chronischen Botulismus als eigenständigem Krankheitsgeschehen.

Keine Anerkennung

Der klassische Botulismus ist eine bekannte Vergiftung durch das Toxin des Bakteriums Clostridium Botulinum. In Sporen überdauert das Bakterium überall in der Umwelt. Unter Luftabschluss an Kadavern produziert es das Toxin und bringt aufnehmenden Menschen oder Tieren innerhalb kürzester Zeit den Tod. Auch im Darm von Bormanns Kühen und bei ihm selbst finden sich in der Laboruntersuchung Clostridien und das Botulinumtoxin. Nur scheint der Verlauf der Vergiftung nicht so unmittelbar, wie beim klassischen Botulismus. Auch auf anderen Milchviehbetrieben in ganz Deutschland haben sich ähnliche Krankheitsgeschehen entwickelt, heute geht man davon aus, dass rund 2.000 Betriebe betroffen sind. Sie alle haben neben den gesundheitlichen Problemen mit der Schwierigkeit zu kämpfen, dass die Krankheit nach wie vor nicht eindeutig anerkannt wird. Das gilt in finanzieller Hinsicht, weil die Tierseuchenkasse nicht einspringt, ebenso wie in emotionaler, weil das Betriebsgeschehen auf den ersten Blick auch aus einem schlechten Management resultieren kann. Auch Heinrich Bormann musste das erfahren, als 2006, also zwei Jahre nachdem ihm der Kreisveterinär erstmals viszeralen Botulismus attestiert hatte, ein vom Landvolk, dem niedersächsischen Landesverband des Bauernverbandes, lancierter Artikel in der örtlichen Tageszeitung erschien. Zwar wurde sein Name nicht genannt, aber ein Foto mit dem gut erkennbaren Ortsschild vor Hof und Stallgebäuden ließ jeden wissen, um wen es sich handelte, dem man hier „mangelnde Hygi-

ene“ und „unangepasste Fütterung“ im Stall unterstellte. Bormann ging dagegen vor, ließ sich Unterlassungserklärungen unterschreiben und bekam einen Brief vom örtlichen Landvolkvertreter. Dieser entschuldigte sich zwar, erklärte aber auch, das „Ziel dieses Artikels allein die Abwehr einer befürchteten Medienkampagne war, wie wir sie nach dem ersten BSE-Fall in Deutschland erlebt haben. Die Folgen in Form einer Reihe von Gesetzesverschärfungen zu Lasten der Landwirte tragen alle Bauern heute noch.“ Deshalb, so fährt der Bauernverbandsstrategie fort, habe man Bormanns „Problem als besonderen Einzelfall“ darstellen müssen, „um viele andere Bauern zu schützen“. Der Fall Bormann erreichte überregionale Bekanntheit, als die Bayerische Fernsehsendung *report* sich seiner annahm. Daraufhin entspann sich auch ein Streit zwischen Wissenschaftlern, die den chronischen Botulismus anerkennen, und denen, die eine eigenständige Krankheit ablehnen und Fernsehsendungen darüber als „gefährliche Desinformation der Bevölkerung“ titulieren. Geforscht wird nicht erst seitdem, die Frage ist nur, ob immer in die richtige Richtung.

Toxische Stäube

Schon 2004 hatte Hermann Bormann einen Ortstermin auf seiner Hofweide, 10 Hektar zwischen Stall und Futtermittelwerk, mit Kreisveterinär, Berater und Kreislandwirt. Der Wind weht an diesem Tag vom Futtermittelwerk Staub über die Weide, der Kreisveterinär untersagt Bormann, auf der Weide Kühe zu halten oder den Aufwuchs zu verfüttern. Die Tierversicherung schreibt ihm: „Als Ursache für die hohe Anzahl von Verlusten in Ihrem durch Clostridien bereits immunologisch vorbelasteten Rinderbestand wird der Eintrag toxischer Stäube aus dem nahegelegenen Kraftfutterwerk angenommen. Da es sich hierbei um einen schleichenden Prozess handelt, liegt kein Unfallereignis vor...“ Ohne Unfallereignis kein Versicherungsschutz, so die weitere Argumentation. Ein auf die „toxischen Stäube“ angesprochener Mitarbeiter der Raiffeisengenossenschaft reagiert wenig begeistert auf das seiner Meinung nach unberechtigte „Wiederhochko-

chen“ der Angelegenheit. „Wir haben eine Genehmigung vom Gewerbeaufsichtsamt für das Werk“, so seine Aussage. „Das Veterinäramt hat eben keinen Prüfauftrag, um zu gucken, woher der Staub kommt“, sagt der örtliche Ringberater fast zynisch, „und das Werk erklärt: ‚von uns nicht‘.“ Der Berater sagt auch, dass Sojaschrot aus Übersee, das staubend in Bormanns Nachbarschaft zu Kraftfutter gemischt wird, beim Anbau häufiger mit Pflanzenschutzmitteln behandelt wird, als es bei uns erlaubt ist, auch mit Glyphosat. Glyphosat, den Wirkstoff des Totalherbizids Round up hat die Professorin Monika Krüger aus Leipzig in diesem Sommer im Urin ihrer Mitarbeiter, aber auch in dem von Hermann Bormann und seinen letzten Kühen nachgewiesen. Zunehmend werden mit Glyphosat auch bei uns Getreidebestände zur Lebensmittelerzeugung vor der Ernte totgespritzt, damit sie leichter erntbar sind. Dem Wirkstoff ist eine hemmende Wirkung auf die Fähigkeit von Tieren nachgewiesen, die Spurenelemente Mangan und Cobalt aufzunehmen. Mangan ist unter anderem wichtig für die Fruchtbarkeit, Cobalt für Sinnesleistungen, wie das Sehen. Hermann Bormann hat Mineralfutter an seine Kühe gefüttert, bei Blutuntersuchungen wurde kein Mangel für das Spurenelement Selen festgestellt, wohl aber erheblich unter den Sollwerten liegende Mangan- und Cobaltgehalte. Glyphosat-Hersteller Monsanto schreibt, der Wirkstoff sei umfassend untersucht und als sicher eingestuft worden. Sicher ist, dass Hermann Bormanns Geschichte eine menschliche Tragödie ist und seine Ställe leer stehen, wenn auch an den Toren immer noch die Schilder hängen mit der Aufschrift: „Wertvoller Tierbestand.“ cs



Bormann vor leerem Stall mit Kraftfutterwerk Foto: Schievelbein

32 Verbände fordern gesellschaftsfähige EU-Agrarpolitik

Berlin soll Widerstand aufgeben. Steuergelder brauchen wirksame Kriterien

In einer neuen, umfangreichen Stellungnahme rufen 32 Verbände und Organisationen die Bundesregierung und die EU-Abgeordneten dazu auf, die aktuelle Reform der EU-Agrarpolitik offensiv zu nutzen, um „weitreichende Fehlentwicklungen in der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft zu korrigieren“. Das breite Bündnis aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik sowie Tier- und Verbraucherschutz sieht einige langjährige Forderungen der Verbände in den Vorschlägen der EU-Kommission aufgegriffen. Das betreffe insbesondere den Vorschlag, die rund 40 Milliarden Euro Direktzahlungen verbindlich an einfache, aber wirksame ökologische und soziale Standards zu binden. Die konkreten Standards im Entwurf der EU-Kommission gehen den Verbänden

aber nicht weit genug. So könnten auch in Zukunft etwa für Mais-Monokulturen die vollen Brüsseler Zahlungen fließen. In den laufenden Brüsseler Verhandlungen sollten die Vorschläge der Kommission daher so verbessert werden, dass sie die erforderlichen Änderungen in der Praxis tatsächlich bewirken. Auf umso mehr Unverständnis stößt bei den Verbänden, dass die Bundesregierung erheblichen Widerstand leistet.

Echtes Greening

Das Bündnis fordert die Bundesregierung auf, diesen Widerstand aufzugeben und vielmehr zur aktiven Fürsprecherin für die erforderlichen Verbesserungen und einen echten Paradigmenwechsel in der EU-Agrarpolitik zu werden. Die Verbände fordern, dass die Direktzahlungen nur

noch an solche Betriebe ausgezahlt werden, die folgende ökologische Standards einhalten:

- eine echte Fruchtfolge mit Leguminosen: Eine Frucht macht maximal 50 Prozent der Ackerfläche des Betriebes aus und Leguminosen mindestens 20 Prozent (entspricht alle fünf Jahre Leguminosen pro Feld),
- heutiges Dauergrünland im Betrieb wird erhalten, nicht erst ab 2014,
- ökologische Vorrangflächen auf mindestens 10 Prozent der gesamten Betriebsfläche (auch Grünland und Dauerkulturen), die so genutzt werden, dass sie einen deutlichen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität leisten, nicht mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutz- und Düngemitteln behandelt und mit Wirtschaftsdüngern nicht überdüngt werden,

- kein Anbau gentechnisch veränderter Organismen im Betrieb.

Den Vorschlag der EU-Kommission, die Direktzahlungen (Basisprämien) zu staffeln und dabei den Faktor Arbeit über die betrieblichen Lohnkosten kürzungsmindernd zu berücksichtigen, begrüßen die Verbände. Sie fordern jedoch, die Grenzen niedriger anzusetzen und nicht die vollen 100 Prozent der Lohnkosten gegenzurechnen. Den Mitgliedsstaaten und Bundesländern soll zudem die Möglichkeit für noch weitergehende Regelungen eröffnet werden. *uj*

Das Papier haben die 32 Verbände unter Koordination durch AbL und EuroNatur erarbeitet. Es steht im Internet unter: <http://www.die-bessere-agrarpolitik.de/> oder kann als Broschüre bei der AbL bestellt werden.

Westerwelle und Merkel verhandeln Greening

Vorschlag der EU-Ratspräsidentschaft würde Greening abschwächen. Staffelung weiter offen. Sondergipfel Ende November soll entscheiden

Nicht nur Agrarminister, Agrarkommissar und Agrarausschuss im EU-Parlament reden mit, wenn es um Greening, Staffelung oder Finanzausstattung der zweiten Säule geht. Jetzt verhandelt auch das Auswärtige Amt und Ende November dann auch Bundeskanzlerin Angela Merkel darüber. Denn diese Fragen sind Bestandteile der Beschlussvorlagen für den so genannten „Mehrjährigen Finanzrahmen“ der EU. In diesem Mehrjährigen Finanzrahmen wird für die nächste Finanzperiode der EU, also die Jahre 2014 bis 2020, festgeschrieben, wie viel Geld die EU maximal ausgeben darf und wie sich die Mitgliedsstaaten an deren Finanzierung dann beteiligen müssen. Für die Bundesregierung spricht in Brüssel hierzu zunächst das Haus von Außenminister Guido Westerwelle, bis dann beim Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am 22. November Kanzlerin Angela Merkel mitentscheiden soll.

Die EU-Kommission hatte schon im Sommer 2011 einen ersten Vorschlag für diesen Mehrjährigen Finanzrahmen vorgelegt und darin zum Ausgabenbereich Agrarpolitik nicht nur Obergrenzen für Direktzahlungen und zweite Säule vorgeschlagen. Auch das Greening, die Staffelung und weitere Punkte der EU-Agrarreform hatte die Kommission dort schon platziert. Sie wollte offenbar diese Reformbestandteile nicht allein der Agrarministerin überlassen, sondern auf höherer Ebene absichern. Es sollte auch die Absicht unterstrichen werden, die Direktzahlungen als den größten Posten der Agrargelder an ökologische und soziale

Kriterien zu binden, um sie stärker als bisher in den Dienst für die gesamte europäische Gesellschaft zu stellen.

Greening unter 30 Prozent

In einem neuen Verhandlungspapier vom 18. September hat Zypern als EU-Präsidentschaft nun versucht, den Verhandlungsstand zwischen den Mitgliedstaaten festzuhalten, und sich nicht gescheut, auch eigene Vorschläge einzubauen. So schlägt die Präsidentschaft vor, dass die Direktzahlungen pro Hektar ab dem Jahr 2015 jährlich um einen noch zu bestimmenden Prozentsatz abgesenkt werden sollen. Ein paar Absätze weiter wird deutlich, dass diese vorgeschlagenen Kürzungen vor allem den Teil der Direktzahlungen treffen sollen, der unmittelbar an das Greening gebunden ist. Denn im Unterschied zur EU-Kommission schlägt das Zypern-Papier nun vor, dass nicht 30 Prozent, sondern weniger als 30 Prozent der Direktzahlungen an die Greening-Kriterien gebunden werden sollen. Zusammen könnte dabei herauskommen, dass allein bei der Ökologisierungskomponente gekürzt würde und die Basisprämien ungekürzt blieben.

Außerdem hat Zypern noch in eckige Klammern gesetzt, ob die Greening-Anforderungen von allen Landwirten eingehalten werden müssen. Eckige Klammern kennzeichnen weiteren politischen Verhandlungsbedarf. Damit wird auch der Vorschlag der EU-Kommission angegriffen, wonach die Greening-Kriterien von allen Direktzahlungsempfängern eingehalten werden müssen – oder

anders gesagt, dass ein Nichteinhalten nicht nur zum Verlust der 30 Prozent unmittelbar ans Greening gebundenen Zahlungen führt, sondern mindestens im Wiederholungsfall auch zu weiteren Kürzungen führt (cross compliance). Beide von Zypern zur Verhandlung gestellten Änderungen beim Greening würden das Instrument an sich erheblich schwächen. Das zeigt, wie stark der Widerstand gegen das Greening ist, wenn eben nicht nur auf Ebene der Agrarmi-

nister, sondern auch im Allgemeinen Rat versucht wird, das Instrument auszuhebeln.

Das gilt auch für den Vorschlag der Kommission zur Obergrenze bzw. Staffelung. Zypern hat den gesamten Absatz dazu in eckige Klammern gesetzt. Es steht sogar eine alternative Option im Papier, wonach ausdrücklich festgehalten würde, dass es „keine Kappung der Direktzahlungen für große Empfänger gibt“. *uj*



Agrarreform wird Chefinnensache

Foto: Kurt/Pixelio

Wir sind gegen Flächenstilllegung

AbL-Bayern konkretisiert ökologische Vorrangflächen

Der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) und sein österreichischer Kollege Nikolaus Berlakovich haben sich erst kürzlich – wie viele Andere auch – eindeutig gegen eine „Stilllegung“ der Ackerflächen ausgesprochen und meinten damit die Einführung des Instruments der Ökologischen Vorrangfläche in der kommenden GAP-Reform. Doch damit ist es nicht getan. Konstruktive Vorschläge, wie eine ökologische Konditionierung der Direktzahlungen aussehen könnte, sind dringend notwendig. Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland hat errechnet, dass Deutschland durch Erosion jährlich 20 Mal mehr fruchtbaren Boden verliert, als sich nachbilden kann. Die FAO (UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) spricht in ihrem landwirtschaftlichen Ausblick für 2012 davon, dass weltweit ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen herabgewirtschaftet oder ausgelaugt ist. Vor 100 Jahren gab es in Deutschland noch ca. 4 Mio. Bienenvölker, 1950 waren es noch ca. 2 Mio. Heute sind es noch ca. 600.000. Das sind drei Fakten, die die Notwendigkeit eines Umdenkens in der Bodenbewirtschaftung und damit auch in der Agrarpolitik deutlich genug machen, zumal eine wachsende Intensivierung der Landwirtschaft als ein wesentlicher Faktor, der diese Entwicklung vorantreibt, nicht mehr zu übersehen ist.

Vorschlag AbL-Bayern

Die AbL Bayern hat einen konkreten Vorschlag ausgearbeitet, wie die von der EU-Kommission geforderten ökologischen Vorrangflächen ausgestaltet werden können, um die Debatte endgültig in eine konstruktive Richtung zu lenken und die leidigen Diskussionen um eine Flächenstilllegung zu beenden. Wir schlagen Maßnahmen vor, die für die Bauern machbar, die der Gesellschaft zu vermitteln, ökologisch sinnvoll und von der Verwaltung kontrollierbar sind, die mittel- und langfristig die Bodenfruchtbarkeit und die Artenvielfalt erhalten bzw. verbessern und für Grünland- und für Biobauern gelten (ausgenommen sind Almflächen). Generell ist anzumerken, dass auch die landwirtschaftlichen Fachschulen verpflichtet werden müssen, den Sinn dieser Maßnahmen und den Nutzen für die natürlichen Gleichgewichte und den Erosionsschutz den Schülern und Schülerinnen zu vermitteln. Bezugnehmend auf den Vorschlag der EU-Kommission in Artikel 25 Absatz 2 b,ii: „Die Betriebsinhaber müs-

sen mindestens 7 % ihrer beihilfefähigen Ackerfläche im Sinne von Art. 25 Absatz 2, ausgenommen Dauergrünland, als im Umweltinteresse genutzte Flächen ausweisen, wie z. B. Brachflächen, Terrassen, Landschaftselemente, Pufferstreifen sowie Aufforstungsflächen.“ soll die Forderung folgendermaßen erfüllt werden können:

- Feldhecken (die alle zwei Jahr max. zu 50% geerntet werden dürfen)
- Streuobstwiesen
- Dauerhafte Gewässerrandstreifen als Grünland bis 20 m anrechenbar,
- Grünlandflächen mit Mahd nach dem 1. Juni
- Je nach der durchschnittlichen Schlaggröße eines landwirtschaftlichen Betriebs kann eine Reduzierung der Vorrangflächen nach unten angewandtem Beispiel erreicht werden.

(Die Randstrukturen bei den Feldern weisen grundsätzlich die höchsten Artenzahlen bei Wildkräutern und Insekten auf. Je kleiner die Schlaggröße ist, desto größer ist der Anteil der Randstrukturen und damit die Artenvielfalt: Unter 1 ha: hier sind keine Vorrangflächen mehr auszuweisen; unter 2 ha: hier sind 2 % Vorrangflächen auszuweisen; unter 3 ha: hier sind 4 % Vorrangflächen auszuweisen; unter 4 ha: hier sind 5 % Vorrangflächen auszuweisen. Bei durchschnittlichen Schlaggrößen über 4 ha sind 7 % Vorrangflächen auszuweisen.)

- Vorrangflächen dürfen nicht außerhalb der Reichweite der Bewirtschaftung des jeweiligen Betriebs liegen (max. 25 km Entfernung zur Hofstelle)
- Die Vorrangflächen können mit Leguminosen, die blühen, bebaut werden.
- Aufstellungsform mit Festmist (ausgenommen Geflügeltrockenkot) reduziert den Anteil an Vorrangflächen um die Hälfte bezogen auf die Hauptfutterfläche. Dabei müssen mind. 50 % der Tiere auf Festmist gehalten werden.

Ohne Mineräldünger

Auf allen Vorrangflächen ist auf die Anwendung von mineralischem Dünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln zu verzichten. Die Vorrangflächen müssen anteilig bei Acker- und Grünland ausgewiesen werden. Auflagen, die in der ersten Säule verankert werden, dürfen die Honorierung der Verpflichtungen aus der zweiten Säule nicht aushebeln.

Gertraud Gafus,
AbL-Bayern

Kurzes am Rande

Forschungsstrategie Leguminosen

Die Deutsche Agrarforschungsallianz hat ihre Forschungsstrategie „Ökosystemleistungen von Leguminosen wettbewerbsfähig machen“ am 11. September 2012 an Staatssekretär Dr. Robert Kloos aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) übergeben. In der 64seitigen Broschüre werden die Ökosystemleistungen, der Status quo des Leguminosenanbaus- und -forschung wie auch inhaltliche und konzeptionelle Empfehlungen zur Förderung der Leguminosen gegeben. Sie bietet einen kompakten Überblick über die vielen Vorzüge der Leguminosen und deren Probleme. Schwerpunkte der Empfehlungen zur Ausdehnung des Leguminosenanbaus liegen auf „Langfristige und Spezifische Forschung“, am besten in Forschungskonsortien, der „Integration der gesamten Wertschöpfungskette“ und der Forderung nach „Einrichtung regionaler Anbauzentren“. Gerade mit dem letzten Punkt scheint die DAFA schon Gehör beim BMELV gefunden zu haben. Für den Oktober ist eine Bekanntgabe von Modellregionen geplant. Zur „zeitlichen Entzerrung“ soll mit den Regionen „Nord“ (Lupine) und „Süd“ (Soja) begonnen werden, die Region „Mitte“ (Ackerbohne/Erbse) dann im Frühjahr 2013 folgen. Das BMELV plant schon seit zwei Jahren eine Eiweißinitiative. Über einige Forschungsvorhaben ist sie bislang nicht hinaus gekommen.

Die Broschüre steht auf der DAFA-Homepage, www.dafa.de, zum download bereit. cd

Empfänger sollen wieder ins Netz

Ab dem Jahr 2014 sollen wieder alle Empfänger von Direktzahlungen und anderen Agrar-Beihilfen der EU im Internet veröffentlicht werden. Das sieht ein neuer Vorschlag der EU-Kommission vor. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes von Ende 2010 war die Veröffentlichung der Empfänger gestoppt und im Jahr 2011 nur für juristische Personen wieder eingeführt worden. Nun sollen auch Privatpersonen wieder aufgeführt werden. Allerdings werden Name und Wohnort nur für solche Empfänger genannt, deren Zahlungen über einem Schwellenwert liegen, den jeder Mitgliedstaat für sich festlegen soll. Er soll der vereinfachten Direktzahlung für Kleinlandwirt entsprechen, also laut Kommissions-Vorschlag zwischen 500 und 1.000 Euro pro Jahr betragen. Im Gegensatz zur alten Regelung sollen die Informationen je Empfänger deutlich differenzierter ausfallen. Jede einzelne Maßnahme z.B. der zweiten Säule soll aufgeführt werden. uj

Bund-Länder-AG zum Greening

Auf Arbeitsebene haben sich die Landwirtschaftsministerien von Bund und Länder Anfang September auf Vorschläge zum Umsetzung des Greenings geeinigt. In einer Vorlage für die Agrarministerkonferenz Ende September schreibt die „Bund-Länder Arbeitsgruppe“: „Die Ländervertreter in der Arbeitsgruppe befürworten weiterhin grundsätzlich den Kommissionsvorschlag mit drei für den Einzelbetrieb obligatorischen Maßnahmen. Sie stehen dem von einigen Mitgliedstaaten in die Diskussion gebrachten Menü-Modell insbesondere wegen des hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwands sowie der Gefahr einer mangelnden Wirksamkeit ganz überwiegend skeptisch gegenüber.“ Diese weitgehende Einigkeit der Fachebene ist Mitte September in einer Abteilungsleitersitzung von Bund und Ländern politisch wieder aufgehoben worden. Insbesondere Niedersachsen drängt darauf, die einzelbetriebliche Verpflichtung zum Greening aufzuweichen. uj

Bayern für 25 Cent Interventionspreis

Bayerns Agrarminister Helmut Brunner will das Interventionspreis-Niveau für Molkereiprodukte von heute umgerechnet etwa 21,5 Cent/kg Milch auf 25 Cent/kg anheben. Das steht in einem Beschlussvorschlag Bayerns für die Agrarministerkonferenz Ende September. Außerdem sollen Butter und Magermilchpulver das ganze Jahr über interventionsfähig und die „Bedingungen für die private Lagerhaltung verbessert“ werden. Damit greift Bayern Forderungen der Europäischen Bauernverbände und Agrar-Genossenschaften COPA-COGECA unter COPA-Präsident Gert Sonnleitner auf. Zudem fordert Brunner, dass Exportsubventionen für Milchprodukte „mindestens solange ermöglicht werden, bis es zu einem neuen WTO-Abschluss kommt.“ Vor der Agrarministerkonferenz herrschte die Einschätzung vor, dass Bayerns Vorschlag dort keine Mehrheit findet. uj

Bauernproteste für gerechte Milchpreise

Wieder stehen Trecker vor Molkereitoren. Die Milchbauern fordern kostendeckende Preise



Wütende Bauern mit Bannern und Veronikas vor der DMK-Molkerei Zeven. Foto Manke

Gute Sojaernte

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“ hat die Versuchsstation Grub der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) beim diesjährigen Sojabohnenanbau Spitzenerträge erzielt. Mit mehr als 37 dt/ha wurden hervorragende Ergebnisse gedroschen. Der überwiegende Teil der Gruber Sojabohnen wird abgepresst und zu Sojaöl und Kuchen verarbeitet. Die übrigen Sojabohnen werden getoastet, das heißt zur besseren Verdaulichkeit thermisch behandelt und anschließend geschrotet an die Gruber Rinder verfüttert. Dies Jahr konnten Übermengen sogar an andere bayerische Lehr-, Versuchs- und Fachzentren als Futter für deren Tierbestände abgegeben werden. Laut LfL sollen mit dem Arbeitsschwerpunkt „Eiweißstrategie“ vielfältige Forschungsprojekte, zu denen auch der Soja-Anbau in Grub gehört, einen Beitrag dazu leisten, den Anteil inländisch erzeugter Eiweißfuttermittel zu erhöhen. An erster Stelle steht dabei die effizientere Nutzung bestehender Eiweißquellen, auch in Gras, Heu und Silagen für Rinder. **cs**

Rund 100 Milchbäuerinnen und Milchbauern folgten dem Aufruf des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) und forderten vor dem Zevener Werk des Deutschen Milchkontors (DMK) die Molkerei auf, endlich die Preise gerechter zu gestalten. Bei

Milchpreisen zwischen 26 und 29 Cent könne kaum ein Milchbauer noch von der Milchproduktion leben, geschweige denn einen Gewinn erwirtschaften, so ihre Botschaft. Martin Morisse, vom BDM-Vorstand, stellte klar, dass das DMK-Werk in Niedersachsen eine „Leuchtturm Molkerei“ sei und sich viele andere Molkereien nach ihrem Auszahlungspreis richteten. Die Genossenschaft sei gegründet worden, um die Bäuerinnen und Bauern zu stärken. Davon sei aber im Moment nicht viel zu spüren. „Die Milchviehhalter produzieren gerne Milch, wollen diese aber zu einem angemessenen Preis verkaufen und nicht verschenken“, ergänzte Peter Guhl, Vorsitzender vom deutschen Milch Board. Die Sprecher des DMK zeigten Verständnis für die Situation, aber die Molkerei könne nicht mehr auszahlen, weil weltweit die Produktion gestiegen sei und der Preis über Angebot und Nachfrage gesteuert wird. Im Winter könne jedoch mit einer Milchpreiserhöhung

gerechnet werden. Auf Nachfrage der Bauern wurde aber schnell klar, dass die Erhöhung nur einige Cent betragen wird. Durch die stark gestiegenen Futtermittel-, Dünger- und Energiekosten wäre aber eine deutliche Milchpreiserhöhung notwendig, um die Betriebe vor der Pleite zu schützen. Werner Meyer, ein Milchbauer aus dem Landkreis Lüneburg, sagte: „Nur durch niedrigere Mengen auf dem Markt ist ein langfristig guter Milchpreis möglich. Dies kann man über die Abschaffung der Saldierung und ein Kürzen der Milchquoten um 10 Prozent erreichen. Die Wirkung von einem knappen Angebot ist beim Rindfleisch gut zu beobachten. Hier liegen die Preise auf Rekordniveau.“ Wenn es natürlich auch keine Lösung der Probleme vor den Werkstoren in Zeven gab, so war die BDM-Aktion durchaus ein Erfolg. Machte sie doch die Öffentlichkeit erneut auf die anhaltenden Probleme der Milchbäuerinnen und Milchbauern aufmerksam. **Jörn Manke**

Milch ist knapp und der Preis trotzdem niedrig

Trotz Rohstoffknappheit zahlen die Molkereien den von ihnen abhängigen Bauern keine besseren Preise

Wenn Molkereien ihre Rohstoffversorgung mit Milch nicht gut organisiert haben, müssen sie für Zukäufe am Spotmarkt derzeit viel Geld bezahlen. Ein Hauptgrund ist die begrenzte Anlieferungsmenge. In der ersten Hälfte des Jahres wurde die Milchquote annähernd eingehalten. Die derzeitige Überlieferung liegt bei 2 Prozent. Am Spotmilchmarkt hat dies die Preise auf 38 bis 40 Cent pro Kilo ansteigen lassen. In Holland liegen die Preise sogar bei bis zu 45 Cent/kg. Die Hochpreise, die für freie Milch gezahlt werden, stehen im jähen Gegensatz zu dem Preis, den die Milchbauern für ihre vertraglich gebundene Milch bekommen. Der Grundpreis der aktuellen Milchgeldabrechnungen lag zwischen 26 und 32 Cent je kg. Bei den Bauern hat dieses Ungleichgewicht, mit Ausnahme der Protestkundgebung beim DMK (siehe vorhergehenden Artikel), noch nicht zu Unmutsbekundungen geführt.

Angebotsregelung schafft Sicherheit

Eines zeigt die aktuelle Entwicklung ganz deutlich: Das vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter vorgeschlagene Modell einer transparenten Angebotssteuerung funktioniert. Der aktuell hohe Milchpreis am Spotmarkt resultiert aus dem verknappten Angebot, während der niedrige Auszahlungspreis ein Resultat langfristiger Lieferverträge ist,

worin sich die Marktmacht der Molkereien gegenüber den Bauern ausdrückt. Vor dem Hintergrund der aktuell unsicheren Rohstoffversorgung wäre eine verlässlichere Anlieferungsmenge zu einem definierten Preis auch aus Sicht der Molkereien ein erstrebenswerter Zustand. Auch wenn die Molkereien sicher nicht den für die Milchbauern kostendeckenden Preis von mind. 40 Cent je kg zahlen wollen, kann es auch nicht erstrebenswert sein, wenn mittelfristig immer mehr Betriebe aufgrund der schlechten Preise aufhören und den Molkereien ihre Rohstoffversorgung wegbriecht.

Heimlich, still und leise

Die politischen Entwicklungen freilich zeigen in eine ganz andere Richtung. Das Bundeskabinett der schwarz-gelben Koalition hat Ende September den Gesetzentwurf für ein erneuertes Marktstrukturgesetz beschlossen. Der Gesetzentwurf zur Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen wird von Seiten des Bauernverbands als eine Verbesserung der Bündelungsmöglichkeiten und damit der Verhandlungsposition von Erzeugern gegenüber Abnehmern beschrieben. Außerdem sei es eine Anpassung und Übertragung von im EU-Milchpaket beschlossenen Änderungen in deutsches Recht. Dabei verschweigt der DBV, dass die im Entwurf vorgesehene Abschaffung der Doppelmitgliedschaft sowie die hundertprozentige Andie-

nungspflicht das Aus für die bei den Milcherzeugern entstandenen Strukturen mit Erzeugergemeinschaften und überregionalen Zusammenschlüssen wie in der MEG Milchboard bedeutet. Klammheimlich, so der Eindruck, wird das Marktstrukturgesetz benutzt, um die Verhandlungsposition der Milcherzeuger zu schwächen.

Agrarminister beraten Milch

Nach den Beratungen im Bundestag muss das Gesetz auch noch vom Bundesrat bewilligt werden. Von daher kommt den Anträgen der Agrarministerkonferenz besondere Bedeutung zu. Von den drei unter Grüner Beteiligung regierten Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wurde beantragt, die Doppelmitgliedschaft auch weiterhin zu ermöglichen. Darüber hinaus stellen die drei Länder fest, dass die Bündelungsgrenzen von 3,5 Prozent der gesamten Erzeugung in der EU und bis zu 33 Prozent der nationalen Erzeugungsmenge bei weitem nicht ausreichend seien. Bei der Agrarministerkonferenz wurde auch darüber diskutiert, inwieweit das von der Europäischen Kommission und im Berichtsentwurf des europäischen Parlaments erwogene Instrument einer „Ausfallentscheidung“ für einen freiwilligen Produktionsverzicht für Teilmengen, die aber keine Produktionsaufgaberechte sein soll, einen möglichen Ansatz bietet. **mnn**

Wohlverdient am Ruhestand

Für den Bauernverband ist die Hofabgabeklausel doppelt lukrativ

Mit dem Ziel der rechtzeitigen Abgabe des Betriebs an den Hofnachfolger und somit der Förderung der Junglandwirte wurde im Jahr 1957 die Hofabgabeklausel eingeführt. Trotz zwischenzeitlicher Modifikationen ist sie für viele Bäuerinnen und Bauern nicht mehr zeitgemäß und deshalb auch nicht mehr tragbar. Durch die Hofabgabeklausel ist geregelt, dass ein/e landwirtschaftlicher Betriebsleiter/in erst nach Abgabe bzw. Verpachtung oder Verkauf des Betriebes das Altersgeld aus der landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK) erhält. Gleiches gilt für Ehegatten. Bei Nicht-Abgabe vom Betriebsleiter bzw. der Betriebsleiterin erhält auch der Ehepartner trotz Eintritt ins Rentenalter keine Bezüge von der LAK. Diese Regelung führt in der heutigen Zeit zu möglicher Altersarmut unter den „alten“ Betriebsleitern und stellt die potenziellen Hofnachfolger frühzeitig vor berufliche Entscheidungen. Die Generationenfolge ist häufig nicht mehr so eng wie in den 1950er und 1960er Jahren. Nicht selten erreichen Betriebsleiter/innen die Altersgrenze, bevor die Kinder die berufliche Ausbildung abgeschlossen oder sich für bzw. gegen die Hofnachfolge entschieden haben. Viele Landwirte haben keinen Hofnachfolger, wollen aber, oft in reduziertem Maße, auf dem Betrieb weiterarbeiten. Dies ist ohne die Rente nicht möglich, weil das Einkommen zu gering ist, der Betrieb müsste aufgegeben werden, um das Altersgeld zu erhalten. Auch Landwirt Josef Jacobi (66) ist mit der aktuellen Regelung unzufrieden: „Als Bauer zahlt man 40 Jahre und länger in die Alterskasse ein und wenn das Rentenalter erreicht ist, bekommt man nichts. Das ist eine Ungerechtigkeit, die es in keiner andern Branche gibt.“

Millionengeschäft

Die Beibehaltung der Hofabgabeklausel hat daher momentan hauptsächlich Vorteile für große Wachstumsbetriebe. Durch den erzwungenen Verkauf bzw. die Verpachtung kommen diese kapitalstarken Durchstarter schneller an die landwirtschaftliche Fläche als ohne die Regelung. Das ist ein wesentlicher Grund, warum der Deutsche Bauernverband (DBV) sich bei der jüngsten Gesetzesnovelle strikt für die Beibehaltung der Klausel eingesetzt hat. Desweiteren profitiert der DBV aber auch direkt. Seine Landesverbände sind von den Trägern der

Landwirtschaftlichen Sozialversicherungen (LSV), zu der auch die Alterskasse gehört, mit der landwirtschaftlichen Sozialberatung beauftragt, d.h. sie beraten die Landwirte auch in punkto Hofabgabe. Diese Beratung ist natürlich kostenpflichtig und bringt dem DBV bzw. seinen Landesverbänden jährliche Einnahmen in Millionenhöhe ein, bezahlt durch die Beiträge der Bäuerinnen und Bauern.

Juristische Prüfung

Wegen dieser und weiterer Ungerechtigkeiten als Folge der Hofabgabeklausel hat sich der Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel gebildet. Mit Aktionen und offenen Briefen an Politik, Verbände und LSV wurde der Versuch gestartet, die Hofabgabeklausel abzuschaffen. Eine Klage gegen die Regelung wurde zunächst abgewiesen. Die Bundesregierung hält auf Nachfrage der Initiative „es weiterhin für richtig, mit der Ausgestaltung der Alterssicherung der Landwirte eine frühzeitige Übergabe auf den Nachfolger zu fördern“, so Sebastian Graf von Keyserlingk, Regierungsdirektor im Referat für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Doch der Arbeitskreis lässt nicht locker. Aktuell lässt er in Zusammenarbeit mit der AbL juristisch prüfen, inwieweit DBV-Funktionäre, welche auch in den Gremien der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sitzen, Einfluss auf die Vergabe und Finanzierung der Beratungstätigkeit des Bauernverbandes im Bezug auf die Hofabgabeklausel haben. Das Ergebnis könnte neuen Schwung in die Debatte bringen.

Jörn Manke



Hofübergabe hat nichts mit Rente zu tun.

Foto: Manke

Kurzes am Rande

Kartoffelbauern gegen Aufsichtsrat Hilse

Beim Kartoffelstärke-Konzern Avebe sind fünf der zehn Mitglieder des Bezirksrats Prignitz-Wendland zurückgetreten, nachdem ihre Forderung nach Mitsprache mit persönlichem Mobbing und Androhung von Sanktionen beantwortet worden sei. Es geht um ein neues Preis- und Satzungsmodell, das den ohnehin gebeutelten Stärkekartoffel-Anbauern weitere Risiken zumutet: durch „Minderlieferungs-Strafen“ oder Strafsummen bei Rückgabe des Geschäftsanteils an die Genossenschaft. Diese Pläne, die man den Landwirten erst nach dem Pflanzen der Kartoffeln mitteilte, wurden zwar von der Konzern-Vertreterversammlung in Holland beschlossen, von hiesigen Bezirksrat aber einstimmig abgelehnt. Die Satzung sei „durchgepeitscht“ worden, u.a. mit einseitigen Formulierungen in den Protokollen und dem Verschweigen der Kritik im Mitglieder-Rundbrief, heißt es im Betriebsrat. Und dies, obwohl die Mitglieder dem Konzern in finanziell bedrohlichen Zeiten mit zusätzlichen Beiträgen und Krediten stets geholfen hätten. Nun, wo der Stärkepreis auf dem Weltmarkt explodiert sei, gebe es keine Anzeichen dafür, dass die Anteilseigner am Unternehmenserfolg partizipieren dürften. Bauernverbands-Vize Werner Hilse, der neben seinen vielen anderen Posten auch im gut dotierten Avebe-Aufsichtsrat sitzt, habe eine Vermittlung und eine Fürsprache für die hiesigen Landwirte abgelehnt. Dazu ein Ex-Betriebsrat: „Ich habe nichts anderes von Werner Hilse erwartet. Er und Aufsichtsratschef Hans Hoekman haben in der Vergangenheit die wirtschaftliche Krise der Avebe zu verantworten gehabt...“ en

Mindestlohn ab 2014

Ab 2014 ist in Mecklenburg-Vorpommern die Vergabe von Agrarinvestitionsfördergeldern an die Bedingung gekoppelt, dass die Agrarbetriebe einen Mindestlohn von 8,50 Euro zahlen. Die Gewerkschaft IG BAU begrüßte dies, kritisierte aber die späte Einführung erst 2014. Zwar läge der Tarif-Eck-Stundenlohn bei 10 Euro, aber tarifgebunden seien nur etwa ein Drittel der 18.000 Beschäftigten. Zudem bekämen Ungelernte selbst tariflich nur 7,29 Euro und Saisonkräfte „weit unter fünf Euro“. Der Bauernverband kündigte Widerstand an, weil die Löhne durch Angebot und Nachfrage zu regeln seien und viele Tierproduktionsbetriebe auf niedrigere Löhne angewiesen seien. Demgegenüber befürwortet der französische Bauernverband FNSEA bei einem Regierungs-Workshop die Einführung eines europäischen Mindestlohns – dies würde Wettbewerbsverzerrungen verhindern und Lohndumping (auch gegenüber Nicht-Lohnarbeitsbetrieben) vermeiden. en

Preisdruck und Kontrolle

Das *Handelsblatt* hat im Juni auf seiner Internetseite einige bemerkenswerte Einschätzungen veröffentlicht: So heißt es unter der Überschrift „Die Genossenschaften: Preisdrücker“ wie folgt: „Die großen Genossenschaften wie die Raiffeisen AG sind mit ihren Milliarden-Umsätzen zu Riesen der Branche mutiert. Finanziert haben das rasante Wachstum ihre Kunden, die Bauern. Und zwar auch durch niedrige Erzeugerpreise, die ihnen von den Genossenschaften abgepresst wurden.“ Und zur BLV Verlagsgesellschaft heißt es unter dem Titel „Kontrolle der Medien“: „Wer die Medien kontrolliert, kontrolliert auch die Meinungen. Die BLV Verlagsgesellschaft gehört zu 75 % dem bayerischen Bauernverband und die BLV ist wiederum Mehrheitseigentümer des Landwirtschaftsverlages.“ pm

Holprige Schweinepreise

Einen „holprigen Weg“ bei Preisen und Erlösen hat beim DBV-Veredlungstag in Schweringen der AMI-Markt-Experte Matthias Kohlmeier vorausgesagt. Nach hohen und jahrelangen Verlustgeschäften bei Ferkelerzeugung und Mast sei Anfang August allein durch eine leichte Angebotsverknappung (infolge hoher gestiegener Futterkosten) eine bisher einmalige Trendwende bei den Erzeugerpreisen erfolgt: Von Juli bis September stiegen diese von 1,63 auf 1,90 Euro/kg, was allerdings immer noch unter der Kostendeckung liege. Bei rückläufigem Verbrauch sei eine weitere Steigerung der deutschen Eigenversorgung auf 120 % zu erwarten, bei einer gedämpften Nachfrage im Export führe dies vermutlich zu einem Wiederabsinken der Erzeugerpreise – bei anhaltend hohen Futterkosten. en

Treckerkorso gegen Plutonium-MOXe

Gegen den Transport hochgiftiger und strahlender plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield ins AKW Grohnde bei Hameln haben im Hafen Nordenham und in Grohnde etwa 500 Menschen mit einem Trecker-, Auto- und Fahrrad-Korso demonstriert. Ihr laut kundgetanes Motto: „Abschalten, abschalten!“ *en*

Bulgarische Biobäuerin für Greening

Die Bindung der EU-Subventionen an soziale und ökologische Kriterien würde die Entwicklung zu einer „grünen und nachhaltigen“ Landwirtschaft in Bulgarien fördern, so die Umweltaktivistin Albena Simeonova. Sie setzt sich in ihrem Heimatland für den Erhalt der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe ein und bewirtschaftet selbst einen Biobetrieb. National bekannt wurde sie durch ihren beharrlichen Widerstand gegen das bulgarische Atomkraftwerk Belene. *cs*

Country-Friends

Maximilian Graf Hardegg aus dem niederösterreichischen Seefeld-Kadolz, Vorstandsmitglied der agrarindustriell ausgerichteten Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) leitet neuerdings neben seinem Schlossgut und seinen großen Schweineanlagen auch den internationalen Agrar-„Think-Tank“ der so genannten „Friends of the Countryside“. Die 600 vorwiegend adeligen Gutsbesitzer wollen ihre Interessen an Eigentum, Landbewirtschaftung und Kulturlandschaft fördern. *pm*

Vietnams Bauern gegen Vertreibung

Bei Hunderten von Landkonflikten in Vietnam, so die *tageszeitung*, wehren sich Bauernfamilien gegen die Vertreibung von dem von ihnen bewirtschafteten Land und gegen korrupte Praktiken. In Vietnam gehört alles Land dem Staat, der es für 20 Jahre an Nutzer verpachtet, wobei die Verlängerung der Verträge im Jahr 2013 ansteht. Die Bauern erfahren bei ihrem Kampf viel Unterstützung aus der Gesellschaft. *pm*

Verschulung statt Bildung

Entgegen Erfolgsmeldungen von Bundeswissenschaftsministerin Schavan beurteilt der neue Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz Horst Hippler die Bologna-Studienreform mit ihren Bachelor- und Master-Abschnitten kritisch: Die Umstellung habe mehr geschadet als genützt, und es sei falsch, junge Menschen schneller durchs Studium schleusen zu wollen. Eine Universität müsse mehr leisten als Ausbildung, nämlich Bildung und Ausbildung von Persönlichkeiten – und dazu bräuchten die Studenten mehr Zeit und weniger Verschulung. Außerdem müsse der Ausbau der Master-Plätze mit den vielen Studienanfängern Schritt halten – damit nicht nur die Besten nach dem Bachelor weitermachen dürften und die anderen frustriert ohne Perspektive blieben. Auch das Versprechen, die Reform würde zu einem einfacheren Studienwechsel ins Ausland führen, sieht Hippler nicht wirklich erfüllt. *en*

Aufstand der Mango-Bauern

Im indischen Bundesstaat Maharashtra an der Westküste protestieren Mano-Bauern und Fischer trotz polizeilicher Repressalien anhaltend gegen ein geplantes Atomkraftwerk der französischen Baufirma Areva, das unter Bauleitung der mit sechs Reaktoren und zehn Gigawatt das größte der Welt werden soll. Die Bauern fürchten um ihr Land und ihre Existenzgrundlage und verweisen darauf, dass die Baustelle in einem Erdbebengebiet liegt. Laut *Spiegel* haben bisher nur 10 Prozent der Bauern Land verkauft. *pm*

Kurzes am Rande

Frauen, die sich einmischen!

Erstes Milchbäuerinnentreffen im Allgäu gibt viel Kraft

Bei strahlendem Sonnenschein trafen am Freitag, den 21. September, die ersten Milchbäuerinnen in Lengenwang zu unserem Wochenende ein. Gut gelaunt, begeistert von dem Wetter, vom Allgäu und von den vielen Baustellen auf der Strecke genossen wir mit Sekt und selbst gebackenem Kuchen noch etwas die Abendsonne. Abends gab es dann bei Gulaschsuppe die ersten Gespräche. Am Samstag dann Regen, Regen, Regen... sch... ,wo der Weg verläuft, war ein Bach, die Wiese zum Parken ein Schwamm und der Weg zum Klowagen schier unüberwindbar. Aber die Bäuerinnen brachten so viel positive Energie mit, dass in der Hütte die Sonne schien. Mit einem gemeinsamen Frühstück begannen wir den Tag. Gegen 10.00 Uhr trafen dann auch die Milchbäuerinnen aus der Umgebung und unser Gast, die Europaabgeordnete der Grünen, Frau Barbara Lochbihler, ein. Frau Lochbihler erläuterte uns noch einmal die agrarpolitischen Pläne der EU und die Kritik der Grünen.

Weiter machen!

In der folgenden Diskussion stellte Frau Lochbihler fest: „Ich habe selten so viele Frauen gesehen, die sich einmischen und ihre Zukunft in die Hand nehmen.“ Sie wünsche sich in der Politik viel mehr solcher Frauen. Danach kam der Zeitpunkt, an dem ich unseren männlichen Presseschreiber, der zu uns gekommen war, nach Hause schicken musste. Er ging nur widerwillig und konnte erst nicht verstehen, dass wir Frauen während der Workshops ganz unter uns sein wollten, respektierte es aber dann doch. Es war uns ein großes Anliegen, dass jede Frau sagen oder Fragen konnte, was ihr in den Sinn kam, aus Erfahrung weiss ich, dass Frauen oft lieber still sind, wenn Männer dabei sind. Wir teilten uns in folgende Workshops auf: BDM Gestern – Heute – Morgen; Agrarpolitik, ein Buch mit 7 Siegeln; Milch-

board – ein Geheimbund?; Die Gedanken sind frei!; Neue Formen der Aufklärung und des Protestes; Frauen im Verband: schön sein, Kaffee kochen, Klappe halten. Wir Frauen diskutierten und waren voller Eifer bei der Sache. Am Ende waren wir uns einig. Wir wollen wieder mehr in der Öffentlichkeit stehen und uns einmischen. Diskussionen mit Politikern und Verbrauchern müssen ausgebaut werden. Viele Frauen wollen sich rhetorisch weiterbilden, um sicherer auftreten zu können. Auch das Vorbereiten von Reden soll geübt werden. Dann sind die Frauen auch bereit, verantwortungsvollere Positionen zu übernehmen. Doch das Wichtigste ist, sich zu vernetzen, um Informationen austauschen zu können. Natürlich wurde auch noch beim abendlichen Grillfest lange weiter diskutiert und alles mögliche besprochen. Es war einfach toll!

Sonntag, Sonnenschein! Das wäre gestern aber auch gegangen, nun konnten wir endlich unsere Eiche pflanzen, die wir schon am Samstag in die Erde setzen wollten. Gemeinsam mit einer Schaufel bewaffnet zogen wir los. Birgit Kühnle hielt eine schöne Rede: „Luther sagte: ‚Und wenn morgen die Welt unterginge, ich würde noch heute ein Apfelbäumchen pflanzen.‘ Die Eiche steht für die Stärke und Beharrlichkeit der Milchbäuerinnen und soll uns immer an unsere Zusammengehörigkeit erinnern.“ Langsam löste sich dann die Gruppe auf. Ein Großteil fuhr noch nach Füssen, wo sie auf dem Forgensee eine Bootsfahrt machten. Alle waren sich einig, dass jedes Jahr so ein Treffen stattfinden soll. Das nächste am besten in der Mitte Deutschlands, damit noch mehr Bäuerinnen die Möglichkeit haben teilzunehmen. Die Kraft, die mir diese Veranstaltung gab, wird mich noch lange begleiten.

Waltraud Högner,

Milchbäuerin und Mitorganisatorin



Wenn morgen die Welt unterginge, haben wir heute noch eine Eiche gepflanzt.

Foto: Högner

Betriebsspiegel:

Milchhof Manke
Milchvieh- Futterbaubetrieb bei
Verden

50 ha Acker
115 ha Grünland
90 Milchkühe + weibliche Nachzucht
20 Hühner und 38 Schweine, viele
Katzen

Zelten und Arbeiten auf einem Bauernhof. Mit Kindern, die auf dem Land groß geworden sind, wäre das wohl kein Problem, aber mit fünf „verwöhnten“ Stadtkindern zwischen neun und zwölf Jahren wurde der Ausflug des Jugendzentrums Qube der Evangelischen Jugend Hagen auf den Hof nach Luttum schon zu einem kleinen, wenn auch lustigen Abenteuer.

Montags früh ging es los, drei Stunden Autofahrt vor der Nase. Die ersten zwei davon verliefen ruhig, die Kinder waren aufgeregt und freuten sich auf

die kommenden fünf Tage. In der verbliebenen Stunde, die dann noch zu fahren war, hielten die Kinder es dann nicht mehr aus. Vor allem Safet, der einzige Junge, fragte unseren Chauffeur und Reisebegleiter Benny im 2-Minuten-Takt: „Wie lange noch?“ oder „Wann sind wir da?“!

Dann waren wir endlich da! In Luttum. Während wir von dem Bauern, typisch für den Norden, mit „Moin“ begrüßt wurden, war die erste Reaktion der Kinder, vor allem die der Mädchen: „Boah, stinkt das hier!“ Danach wurden erstmal das Gepäck und die Zelte ausgepackt, bevor wir dann einmal über den Bauernhof geführt wurden. Prompt wurden schon die ersten Kühe und Kälber von den Kiddies adoptiert und erhielten auch gleich andere Namen.

Beim Aufbau der Zelte stellten wir

dann fest, dass Shari, eines der Mädchen, nicht ganz gesund war und lieber mit im Haus übernachten sollte, womit sie allerdings überhaupt nicht einverstanden war. Da jemand bei ihr bleiben musste, hatte sich für mich das Zelten damit auch erledigt.

Die nächsten Tage hieß es dann früh aufstehen, da die Kühe gemolken werden mussten! Zuerst mussten wir lernen, schnell in Deckung zu gehen, wenn eine der Kühe den Schwanz hob, um nicht von Kuhmist getroffen zu werden, was leider nicht jedem von uns gelang.

Fast jeden Morgen frühstückten wir zusammen mit dem Bauern und immer gab es frische Milch. Aber unsere beiden „Ladies“, Pamela und Jaqueline, weigerten sich, diese mal zu probieren, weil es ja nicht die „echte“ Milch aus dem Supermarkt war!

Um eine Kuh stritten sich die Kinder besonders. Sofia war nämlich die zutraulichste Kuh im ganzen Stall, auf der die Kurzen dann auch mal reiten durften. Andere dagegen kamen nicht so gut an wie Sofia. Eine hungrige Kuh-Dame verwechselte Sharis Haare mit ihrem Futter und knabberte ein wenig daran. Ab diesem Tag hielt Shari dann ein wenig mehr Abstand zu den Tieren. Eigentlich war die Rede davon, dass während unseres Besuchs ein Kälbchen geboren werden sollte, wobei die Kinder natürlich gerne zugesehen hätten. Das Kalb ließ sich aber dann doch noch Zeit und kam erst, als wir schon wieder zu Hause waren.

Schlafen in der Natur bedeutete natürlich auch, die Bekanntschaft mit kleineren Tieren zu machen. Verirrte sich mal eine Schnecke oder eine Spinne in ein Zelt der Mädchen, war das Geschrei groß. Sie trauten sich auch solange nicht mehr aus ihrem Zelt, bis ich sie von den Besuchern befreit hatte.

Im Laufe der Woche stellten wir zufrieden fest, dass aus dem anfänglichen Zögern der Kinder echte Begeisterung für das Leben auf einem Bauernhof geworden war. Alle halfen gerne bei der Arbeit und waren ganz stolz, wenn sie mit dem Bauern zusammen auch mal mit den großen Traktoren über den Hof düsen durften. Somit war unser Besuch auf dem Bauernhof ein voller Erfolg.

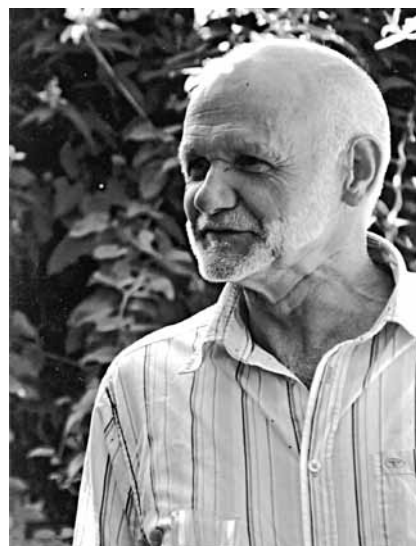
Schon jetzt gibt es viele Interessenten für einen weiteren Ausflug zu Mankes nach Luttum.

Benjamin Müller

„Die Kuh hat meine Haare gefressen!“

Obwohl Ernteerfahrungen seit Jahrzehnten, hat die jetzige mal wieder kräftig an meinen Nerven gezehrt, denn trotz einiger schöner Tage war unser Getreide in diesem Jahr immer dann reif, wenn die Sonne nicht mehr schien und Regen oder Gewitter vom Himmel die – in dieser Zeit schädlichen – Wassermassen schickte. Ungeachtet des Frustabrockens bei der örtlichen Schützenfestdisko am letzten Augustwochenende, lagen somit am 27. und 28. August meine Nerven völlig blank. Mein unmittelbares Umfeld – dies besteht dann nur noch aus meiner lieben Inge – bekommt das dann leider massiv zu spüren. Doch auch andere Erdbewohner, ob Menschen oder Getier, gehen mir dann am Besten an solchen Tagen aus dem Weg, denn meine Ausraster sind nicht mehr kalkulierbar und mit unflätigen Worten werde ich dann derart verletzend, dass selbst hartgesotene Politiker, vor allem die unfähigen agrarischen oder sogenannte Bauernvertreter sich vor mir wegen Ausnahmezustand in einem Mauseloch verkriechen sollten. Wie aus heiterem Himmel kam am Abend des 28. ein Anruf von Inneke mit wenigen kargen Worten: „Ich mache Urlaub in Göttingen und ich will ackern!“. Und – siehe da – auch der Herrgott, gegen den ich in meiner Wut und Enttäuschung vorher heftig aufbegehrt hatte, wollte mit heiteren Abschnitten am nächsten Tag wohl beweisen, dass er „bei uns ist bis an der Welt Ende.“

Inneke, trotz starker Erkältung, thronte jedenfalls früh morgens am 29. auf dem



Erntestress 2012

Sitz des großen John-Deere-Schleppers und zog fröhlich und scheinbar auch glücklich mit dem Konggilde-Grubber ihre Bahnen. Dies allerdings erst nachdem wir uns über den Zustand des Bodens ausgetauscht hatten und dieser bei Inneke und mir – nach Handprobe und dem Gespür für wunderbare Gare hinter dem Grubberstrich – den Eindruck erweckte, als ob er mit uns sehr zufrieden sei, was uns wiederum aufs neue erkennen ließ, wie lebendig und einmalig die wertvolle Mutter Erde doch ausgestattet ist. Stimmungserhellend bei mir wirkte nun außerdem die Freude über motivierte junge Menschen, die mit ihrer entdeckten Liebe zur Land-

wirtschaft ein bäuerliches Bewusstsein verkörpern und mit ihrem Wissensdrang und daraus gewonnenen Erkenntnissen dazu beitragen, dass zumindest bei mir immer wieder Hoffnungen auf eine bessere, auf bäuerlichen Werten basierende Gesellschaft aufflammen. Mit diesem guten Gefühl kehre ich langsam von meinem Gemütswahn wieder auf den Pfad der Tugend zurück und danke Gott für das Schöne und sooo viel Gutes im Leben.

Siegfried Herbst

Betriebsspiegel:

Konventioneller Ackerbaubetrieb im südlichen Niedersachsen
100 ha, davon 12 ha Zuckerrüben
18 ha Kartoffeln,
15 ha Wintergerste
45 ha Weizen, davon in diesem Jahr wegen Umbruch die Hälfte davon Sommerweizen
5 ha Rebhuhn Blühstreifen
5 ha Rotmilan Luzernenprogramm
außerdem einige Restflächen extensives Grünland

Holland fordert Preis- und Mengenregulierung

Parteienbefragung der „Vakbonds“ in Utrecht vor den niederländischen Parlamentswahlen

Kurz vor den niederländischen Parlamentswahlen hatten die vier Bauern-Spartenverbände, die in den Niederlanden neben dem klassischen Bauernverband LTO sehr stark sind, zu einer Versammlung nach Utrecht eingeladen. Den „Vakbonds“ der „Varkenshouders“ (Schweinehalter), „Melkveehouders“ (Milchviehhalter), „Akerbouw“ (Ackerbau) und „Pluimveehouders“ (Geflügelhalter) ging und geht es um die „ehrliche Verteilung der Margen in den Wertschöpfungsketten“.

durch alle holländischen Sparten-Verbände ist anders als bei uns. Das fängt schon bei dem Tagungsort an: kein bodenständiger Saal und kein Festzelt – sondern anreisepraktisch der Tagungssaal einer Raststätte direkt an der Autobahn. Und dann der Ablauf der Veranstaltung: Der Moderator ist eigentlich eher ein Conferencier. Er geht zu Anfang durch die Reihen und befragt wahllos und lustig-provokativ viele Teilnehmer zu ihren Erwartungen. Dann werden die Agrarexperten

der neoliberalen VVD tritt ein für „freies Unternehmertum“ mit Weltmarkt-Orientierung und weniger Einschränkungen durch Naturschutz oder Greening-Flächen – und will gleichzeitig weniger Einschränkungen bei Mengen- und Preisabsprachen der Agrarproduzenten. Eibert Dijkgraf von der christlich-calvinistischen SGP unterstützt „Absprachen“ in der Wertschöpfungskette in Krisensituationen. Jaco Geurts von den Christdemokraten plädiert für ein Monitoring-System gegen die Unterschreitung von „Selbstkostenpreisen“. Femke Gingemans von „D66“, die „Einkommens-Subventionen“ ablehnt und sie neu für Umwelt- und Innovationszwecke vergeben will, will Grünland auch als „Natur“ bewertet sehen. Der junge GroenLinks-Vertreter Niels van der Berge bekommt viel Applaus für seine Forderung „Bauern müssen Bauern bleiben“ und seine Ablehnung liberalisierter Märkte, für seine Forderung nach Quoten und einer europaweiten Mengenreduzierung, nach Qualitätskriterien für Agrarimporte und Umbauhilfen für artgerechte Tierhaltung. Eher skeptisch-kontrovers die Reaktion auf Henk van Gerven von der Sozialistischen Partei, der trotzdem beharrlich eintritt für das Naturschutzprogramm „Ecologische Hoofstructuur“, für Biodiversität, Klimaschutz, Soja-Importstopp, europaweite Marktregulierung für kostendeckende Preise, weniger Intensivtierhaltung „in unserem kleinen Land“, Verbote von Agrarindustrie und Qualhaltung.

Hollands Wahlergebnis

Nach den niederländischen Wahlen zur „Zweiten Kammer“ (ähnlich unserem Bundestag) am 12. September zeichnet sich eine Koalition der zwei stärksten Parteien ab: also der mit 26 % siegreichen rechtsliberalen VVD (um Ministerpräsident Rutte) mit der mit 25 % knapp unterlegenen sozialdemokratischen „PvA – Partij van de Arbeid“. Nachdem die „Partij voor de Vrijheid“ des Rechts-Demagogen Wilders mit 10 % massiv Stimmen einbüßte, hat sie ihre fatale Bedeutung bei der Tolerierung einer Regierung verloren. Die sozialistische SP kam auf 10 %, die CDA-Christdemokraten nur noch auf 9 %, die beiden christlich-calvinistischen Parteien zusammen auf 5 % und die linksliberale Partei D66 auf 8 %. „GroenLinks“ sank stark von 7 auf 2 % – wegen interner Querelen und weil viele Wähler taktisch die PvA wählten. Die Partei bleibt aber im Parlament, weil es in Holland keine 5 %-Klausel gibt – weshalb auch die Tierschutzpartei Partij voor de Dieren mit 2 % dabei bleibt. en



Parteienbefragung in Utrecht

Foto: Niemann

Allein diese Fragestellung zeigt schon, dass es den Vakbonds nicht um eine „Interessengemeinschaft“ mit den Schlachtereien, Molkereien oder dem Landhandel geht, wie etwa dem Deutschen Bauernverband – sondern vielmehr um eine eigenständige und konsequente Interessenvertretung gegenüber diesem nachgelagerten Sektor. Es geht ihnen um höhere Erzeugerpreise durch eine europaweite Mengenbündelung und Mengenverringern in Erzeugerhand und durch „Produzenten-Marktmacht“. Bezeichnenderweise hatte der – durch Besuche bei AbL und BDM mittlerweile auch hierzulande bekannte Wyno Zwanenburg (Vakbond Varkenshouder) – einen Vertreter des Lebensmittelhandels eingeladen, der klar darauf hinwies, dass die „Kettenmacht“ und der Druck auf die Erzeugerpreise vor allem von monopolistischen Schlachtkonzernen wie VION, Großmolkereien wie Friesland-Campina, Händlern wie Greenery oder Geflügelkonzernen wie Plukon ausgehe.

Etwa 250 Bauern waren am 30. August ab 20.30 Uhr im vollbesetzten Saal dabei, um den Parteien den „agrарischen Standpunkt“ deutlich zu machen und um die Antworten der Parteien zu hören – nicht dabei allerdings die Sozialdemokraten, die Rechtspopulisten und die Tierschutzpartei. Nicht nur die viel eindeutiger orientierung an den Interessen der Landwirte

der Parteien einzeln nach vorn gerufen und in gleicher Manier intensiv befragt. Mit den Antworten geht der Moderator wieder ins Publikum, nimmt abermals Nachfragen auf, leitet sie zugespitzt an die Politiker weiter, mahnt diese bei Wischi-Waschi-Antworten prägnant zu konkreter Positionierung – dominiert aber auch total den Ablauf und die Diskussion.

Agrarpolitische Parteien-Unterschiede

Noch überraschender war für mich das Veranstaltungsklima: Trotz ernster Fragestellungen und klarer Kontroversen ging es da ungewohnt locker ab, ja fast schon lustig-witzig. Da kamen auch von Bauern keine heftigen Redebeiträge, allenfalls ernst-sachliche Statements. Liegt das nun daran, dass sich holländische Landwirte auch im agrarpolitischen Bereich schon mehr als „coole Unternehmer“ verstehen, die ihre Forderungen nicht mehr vor einem bäuerlichen oder gesellschaftlichen Hintergrund begreifen, sondern die landwirtschaftliche Interessenvertretung nur als ein unternehmerisches Management-Feld unter anderen? Oder macht ein klarer eigener landwirtschaftlicher Interessen-Standpunkt (ohne die allmächtig-drückende Last von „Bauernverbands-Verrat“) so locker? Oder liegt es einfach nur an der Mentalität? Die Antworten der Parteien: Die forsch-gewandte Helma Ladders von

Gemeinsame Strategie?

Die in Holland sehr starke Bewegung von Bürgerinitiativen, Tierschutz- und Umweltverbänden, Gemeinden, Provinzen und selbst des Parlaments gegen Megaställe („Megastallen-nee“) und für Tierwohl spielte bei der Veranstaltung überraschenderweise kaum eine Rolle. Starke Vorbehalte gab es aber gegenüber dem staatlichen Programm „Ecologische Hoofstructuur“, das durch Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen die Naturschutzgebiete und Nationalparks national vernetzen soll. Erstaunlich die abschließende Positionierung der Vakbond-Vorsitzenden: Einige (Vakbond Akerbouw) fühlten sich von den „Politikern der linken Seite“ eher vertreten, andere (Vakbond Geflügel) eher von der „rechten“. Deutlich wurde insgesamt die große Sorge der holländischen Bauern über die wachsende Macht der Nahrungsmittelkonzerne, ihre gesellschaftlich-politische Stellung und die Einkommensperspektiven der Hofnachfolger. Das jedenfalls haben holländische und deutsche Bauern gemeinsam – und vielleicht ja bald auch eine gemeinsame Strategin. en

Tierschutz geht nur mit Bewegung

Baustellen gibt es genug, konstruieren statt abreißen ist angesagt

Es sind die üblichen Reaktionen: Entsetzen auf der einen, „wir müssen erst mal genauer gucken“ auf der anderen Seite, als das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) nun seine Erhebungen zum Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung vorstellte. Mit rund 1.700 Tonnen im Jahr 2011 liegt die Zahl erst einmal deutlich höher als das, was bislang als Schätzungen von der Pharma-Industrie herausgegeben wurde. Ausgehend von einer Angabe für das Jahr 2005 von über 700 Tonnen hatte man nun Werte von knapp 1.000 Tonnen erwartet. Schnell einigten sich die Länderverbraucherschutzminister darauf, dass die Novelle des Tierschutzgesetzes verschärft werden müsse, um den Antibiotika-Einsatz in der Nutztierhaltung zu reduzieren. Das Minimierungskonzept des Bundeslandwirtschaftsministeriums wurde allerdings sofort als nicht wirkungsvoll von Opposition und Nichtregierungsorganisationen kritisiert. Branchenvertreter, allen voran der deutsche Bauernverband, bleiben gelassen und wollen erst einmal eine Aufschlüsselung der BVL-Zahlen nach Tierarten und sehen „einen verantwortungsbewussten Umgang mit Antibiotika durch Landwirte und Tierärzte durch das BVL bestätigt“, weil kaum Reserveantibiotika eingesetzt würden.

Frage der Haltung

Aber auch ohne Aufschlüsselung nach Tierarten sollte eine absolut ansteigende Antibiotika-Menge nachdenklich machen, spricht sie nicht gerade für Verbesserungen in den Haltungsbedingungen der Nutztiere. Da ist allerdings für den Bauernverband das Ende der Fahnenstange erreicht. „Die Bauern in Deutschland haben die Weiterentwicklung der Tierhaltung in der Vergangenheit maßgeblich mitgetragen und werden dies auch weiterhin tun. Von den inflationär steigenden Tierschutzforderungen fühlen sich die Bauern jedoch überrollt“, sagte Johannes Röring, Veredlungspräsident des DBV und für die CDU im deutschen Bundestag. Besonders schwer trifft Viele da, dass ausgerechnet Rörings Parteikollege, der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gerd Lindemann, in seinem Tierschutzplan sehr konkret mit zeitlichem Rahmen versehene Ziele formuliert hat. Warum er das getan hat – ob er die Zeichen der Zeit erkannt oder seiner ehemaligen Chefin, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), – eins auswischen wollte, spielt da keine Rolle. Hingegen die Tatsache, dass Einer, der immer – eben auch noch in der Zeit als Staatssekretär im Bund direkt vor sei-

nem Ministerjob in Niedersachsen – eher als Freund der vermeintlich fortschrittlichen Landwirte, denn als ausgewiesener Tierschützer gegolten hat, so etwas vorträgt, schreckt mehr auf.

Wo was ändern?

Dass Tierschutz ausführlich auf dem Veredlungstag des Bauernverbands debattiert wird, ist das Ergebnis eines langen gesellschaftlichen Prozesses, der offenbar Druck genug macht, um jemanden wie Lindemann einen Tierschutzplan schreiben zu lassen und auch den Bauernverband begreifen lässt, dass man sich mit dem Thema befassen müsse. Die Frage ist nur wie? Am Besten, indem man gar nichts ändert. „Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat seine Forderung nach Beibehaltung der bisherigen Regelungen zum privilegierten Bauen im Außenbereich bekräftigt. Die Landwirtschaft sei darauf angewiesen, dass die Privilegierung nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) weiterhin unbeschränkt für alle Stallbauvorhaben im Außenbereich gelte...“ Also keine Abgrenzung von der Agrarindustrie, bitte, wie sie für die Novelle des Baugesetzbuches in der Diskussion ist und auch vom Bundesrat mitgetragen wird. „Der Deutsche Bauernverband (DBV) bekräftigte in der vergangenen Woche sein Interesse an einer Beibehaltung der Regelförderung und erteilte erneut den Plänen des Agrarressorts eine Absage, die Agrarinvestitionsförderung im Bereich der Tierhaltung auf besonders tier- und umweltgerechte Haltungsverfahren zu konzentrieren, deren Anforderungen über die geltenden gesetzlichen Standards hinausgehen.“ Also auch keine besondere finanzielle Unterstützung der artgerechten Tierhaltung durch die Investitionsförderung, bitte. „Staatliche Vorgaben für ein Tierschutzlabel indes könnten fälschlicherweise den Eindruck vermitteln, dass Tierschutz in nicht gelabelten Tierhaltungen keine Rolle spiele, obgleich sich die Tierhaltung in den zurückliegenden Jahren enorm weiterentwickelt habe. Nationale Alleingänge führten zu Wettbewerbsverzerrungen, schaden dem Standort Deutschland und letztendlich auch dem Tierschutz, wenn die Tierhaltung in andere Regionen mit niedrigeren Tierschutzstandards als in Deutschland abwandere, warnte der DBV.“ Also auch keine unterschiedlichen Standards und Label, bitte.

Kurzes Wohlfühlgefühl

Demgegenüber steht der Handel, der vielleicht nicht gerade ein staatliches Label will, sondern seine eigenen. Sie versprechen sich Vorteile für sich davon –

die Tiere oder gar die Bauern interessieren sie nur am Rande. Der Kunde ist offen für ein „ein kurzes Wohlfühlgefühl“ durch ein Tierschutzlabel, so Jan Hempeler, Berater bei der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen. (Ob er bereit ist, dafür mehr Geld auszugeben, steht auf einem anderen Blatt.) „Das bringt aber weder dem Tier was, noch den Bauern“, fährt Hempeler fort, denn es sei wie ein Ablasshandel konzipiert. Ein kleiner Teil der Tiere wird z. B. bei Schweinen mit nicht wirklich substanziellen Verbesserungen, vielleicht ein bisschen mehr Platz, gehalten, die Bauern kriegen mit einem geringen Aufschlag kaum ihre Kosten gedeckt und der Handel kann mit einer farbenfrohen Werbekampagne glänzen. „Es dient nur dem Handel“, sagt Hempeler und bestätigt, was auch Konsumforscher allgemein zu Siegeln des Handels erklären. Meist sind die Standards niedrig oder ungenau definiert, werden nur wenig in der Breite umgesetzt und wenig kontrolliert. Der Verbraucher vertraut trotzdem, weil er vertrauen möchte. Er will eine Perspektive, ähnlich wie sie auch die Bauern wollen.

Wohin?

Berater Hempeler weiß aber im Moment nicht so recht, was er den Bauern raten soll. Neuland sei eine Nische mit nicht einfacher Vermarktung und im Biobereich gehe nun auch „die Post ab“, was Strukturen und Größen anbelange. Also doch mit Lindemanns Tierschutzplan auf Verbesserungen in der Breite setzen und darauf hoffen, dass weder die Landtagswahlen in Niedersachsen im nächsten Frühjahr, noch Lindemanns Ruhestands-

pläne das Ganze schnell wieder beenden? Schließlich greifen auch andere Bundesländer Lindemanns Ideen auf, aber wer soll die Umsetzung bezahlen? Und schon beklagt heuchlerisch der Bauernverband den zu befürchtenden Strukturbruch, weil die Durchsetzung der Gruppenhaltung bei Sauen viele, gerade kleinere Ferkelhalter die Sauenhaltung aufgeben lassen wird. Gerade sie haben kein Geld für die Umbaumaßnahmen, weil sie in den vergangenen Jahren nichts verdient haben. Dass sie nichts verdient haben, weil die von ihm propagierten Exportmärkte in China zum Teil nur imaginär sind, sagt der Bauernverband nicht. „Gut verständlich, dass unter diesen Verhältnissen jede Debatte um mehr Tierschutz als existenzbedrohlich empfunden wird – ob es nun die anstehende Umstellung auf die Gruppenhaltung von Sauen oder die Umsetzung von EU-Vorgaben zum Verbot des betäubungslosen Kastrierens oder des Schwänze-Kupierens ist. Wenn dies so und ohne massive Umstellungshilfe käme, würde dies zweifellos das Ausscheiden vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe forcieren. Tatsache bleibt aber auch: Die Ursache und weiter wirkende Grundlage der Misere ist nicht der Tierschutz, sondern die systematische Überproduktion für den „Weltmarkt“!, sagt Eckehard Niemann für die AbL im Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Es kommt also einmal mehr auf die Bewegung an: für eine Agrarpolitik, die nicht Überproduktion subventioniert, sondern bäuerliche und artgerechte Tierhaltung und die entsprechenden Märkte stützt.“

cs



Mehr Tierwohl per Gesetz?

Die neuen Gesetze sorgen für erste Veränderungen, sie sind aber noch lange nicht weitgehend genug

Verboten!“, lautet die fast schon reflexartige Reaktion in Deutschland auf viele Übel. Auch die „Massentierhaltung“ – genauer die industrielle Intensiv-Tierhaltung – sollte nach dem Wunsch vieler aufgebracht Mitmenschen verboten werden. Denn die agrarindustrielle Tierproduktion ist aus dem Ruder gelaufen, ihre Schäden für Tiere, Menschen und Umwelt sind bereits unübersehbar. Selbst der Gesetzgeber kann davor nicht länger die Augen verschließen. Die Bundesregierung beginnt zaghaft, auf den wachsenden Druck der Öffentlichkeit zu reagieren.

gar der Handel zu begreifen, dass volltönende Marken wie „Bauernglück“, „Landklasse“ oder „Gutfleisch“ ein erhebliches Satirepotenzial bieten. Die Gesetzesnovellen der Regierung aber sind gut geeignet, Sand in die Augen des Stimmviehs zu streuen und die industrielle Leistungsspirale weiterzuschrauben. Zur Freude aller Güllefabrikbetreiber bleiben sie durchlässig wie ein Spaltenboden.

Ab ins Industriegebiet

So sieht die Novelle des Baugesetzbuches zwar vor, für Tierfabriken das

funktioniert, könnte sich das neue Gesetz in der Praxis wie ein grundsätzliches Bauverbot für ganz große Intensivtierställe auswirken.

Leistung um jeden Preis

Das ist ein kleiner Punktsieg für die vereinigten Bauern-, Verbraucher-, Tier- und Umweltschützer. Über 120.000 Unterschriften sammelte die Organisation CampAct in Zusammenarbeit mit der AbL und PROVIEH, damit der Referentenentwurf aus dem Hause Ramsauer auch Gesetz wird. Doch wer glaubt, dem Neubau von Tierfabriken sei nun wirksam ein Riegel vorgeschoben, sei gewarnt. Vor allem im Westen der Republik geht die Industrialisierung des ländlichen Raumes nicht mit Megaställen à la Hassleben vonstatten, sondern mit Stallanlagen knapp unterhalb der UVP-Pflicht. Alleine für die Auslastung von Europas größter und politisch geförderter Broilerfabrik im niedersächsischen Wietze müssten mehrere Hundert neuer Intensiv-Hühnermastställe gebaut werden. UVP-pflichtig und damit bald nicht länger privilegiert sind diese erst ab 85.000 Mastplätzen. Die meisten Bauanträge liegen jedoch unter dieser Grenze. Ein geschicktes Aufteilen größerer neuer Tierbestände auf formal kleinere Betriebseinheiten kann zudem wieder für privilegierte Verhältnisse sorgen. So was wird möglich bleiben, solange die Privilegierung nicht fest an bäuerliche Tierhaltung mit ausreichend eigenen Flächen für Futteranbau und umweltverträgliche Gülleverwertung gebunden wird. Den Masthühnern aber kann das letztlich egal sein. Sie leiden nicht weniger, wenn sie zu 39.900 statt zu 84.900 Tieren im Stall hocken. Tatsächlich ist es nicht die Masse Tier an sich, sondern die Intensität, das Herausschinden von Leistung um jeden Preis, die jede Nutztierhaltung schnell zur Qual macht. Und dieses Leitbild lässt die Bundesregierung unangetastet.

Die Tierqual erklärtermaßen vermindern sollte eine Novelle des Tierschutzgesetzes. Doch substanzielle Verbesserungen findet man darin kaum. Lediglich das Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln zum Januar 2017 bringt etwas Farbe ins graue Gesetz, auch wenn die Branche in diesem Punkt schon längst eigenmächtig und befeuert durch die Kampagnenarbeit der Tierschützer auf den Weg zur Ebermast umgeschwenkt ist. Ansonsten bleibt das Gesetz so wenig wegweisend wie seine Vorgängerversion. Was nicht

in die Praxis der industriellen Tiermast passt, wie zum Beispiel das Amputationsverbot in § 6, wird weiterhin durch geschickte Ausnahmeregelungen in den abgeleiteten Verordnungen zum Regelfall im Tierstall gemacht. Denn tatsächlich sind das Kupieren des Schwanzes bei Schweinen, das Schnabelkürzen bei Geflügel oder die Sauenhaltung in Abferkelbuchten ohne Nestbaumaterial bereits unzulässig. Sie sind aber branchenweit üblich. Daran wird auch die Gesetzesnovelle nichts ändern, solange wirtschaftliche Belange weiterhin als vernünftiger Grund gelten, Tieren vermeidbare Schäden und Leiden zuzufügen.

Qualzucht bleibt

Was bietet das Gesetz noch Neues für die Nutztierhaltung? Das Verbot des Schenkelbrands bei Pferden wird bestenfalls ein paar Wildwest-Fans zum Weinen bringen. Und Tiere aus Qualzucht, zum Beispiel Haubenenten mit Schädeldefekten, dürfen nicht mehr ausgestellt werden. Aufgestellt werden aber dürfen extrem auf Hochleistung getrimmte Puten und Masthühner-Hybridlinien weiterhin, allen zuchtbedingten Qualen zum Trotz. Das Tierwohl im Stall hingegen sollen allein die Landwirte durch verbesserte Eigenkontrollen gewährleisten. Nach welchen Kriterien diese Bewertung vorgenommen werden soll, lässt die Bundesregierung völlig offen. So bleibt es den Tierschutzverbänden überlassen, in Zusammenarbeit mit den Bauern nach brauchbaren Lösungsansätzen dafür zu suchen. Wie so oft müssen Nichtregierungsorganisationen ran, wenn die Politik im Geflecht der Lobbyinteressen stecken bleibt.

Die Landwirte aber brauchen die breite Unterstützung der Gesellschaft, wenn sie ihre Tierhaltung aus den Zwängen des Wachstums- und Leistungsdrucks befreien wollen. Mehr Tierwohl im Stall lässt sich nur durch bessere Bezahlung erreichen. Es wird Zeit, die bäuerliche Leistung eines schonenden Umgangs mit den Nutztieren und der Umwelt endlich anständig zu honorieren. Aus der Energiewende lässt sich lernen, dass man einen vernünftigen Wandel im System nicht allein den Kräften des Marktes überlassen darf. Er lässt sich am Besten durch wohldurchdachte Anreizsysteme beflügeln. Aus Sicht von PROVIEH wäre die Zeit jetzt reif für ein Tierschutz- und Nachhaltigkeitsförderungsgesetz.

Stefan Johnigk
Geschäftsführer bei ProVieh



Rette mich und meinen Bruder vor Verstümmelung und Kükenschredder. Foto: Angelina.S/Pixelio

Eine Novelle des Baugesetzes und des Tierschutzgesetzes wurden auf den Weg gebracht. Doch es bleibt fraglich, was damit Gutes erreicht werden kann. Lassen sich Tierwohl und Nachhaltigkeit überhaupt verordnen?

Der Blick hinter „Bauernglück“

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung sich endlich rührt. In vielen Gemeinden führt der Bauboom neuer Intensiv-Mastanlagen zu Unfrieden, zu wachsendem Widerstand bei den Anwohnern und zu Ratlosigkeit bei den Behörden. Und die fragwürdigen Haltungsbedingungen in den meisten Intensiv-Tierbeständen bringen längst nicht nur Tierschützer auf die Barrikaden. Seit die Medien immer kritischer hinter die Welt der „Schweinebauch-Anzeigen“ blicken, beginnt so-

Bauprivileg im Außenbereich aufzuheben, wenn die Tierzahl im Stall eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) per UVP-Gesetz notwendig macht. Bisher konnten sich Investoren in Megaställen wie der Ferkelfabrik in Alt-Tellin oder der gigantischen Mastanlage in Hassleben darauf berufen, einen Rechtsanspruch auf Genehmigung ihrer Projekte auf der grünen Wiese zu haben. Zukünftig kann jede Gemeinde solche Anlagen als das behandeln, was sie sind: Als Industriekomplexe. Und ein Industriebau gehört ins Industriegebiet, nicht auf das Feld. Ob ein Megastall ins Landschaftsbild passt oder nicht, dürfen die Gemeinden fortan selbst planungsrechtlich entscheiden. Wie eine Gemeinde ihre Bauleitplanung durchführt und mit welchem Inhalt, sollte sich dem rechtlichen Einfluss der Investoren entziehen. Wenn das so

Mit Betäubung für Tier und Mensch

Ein Debattenbeitrag zum Enthornen aus Sicht eines Bauern

Die Enthornung bei Kälbern ist in der Politik und bei Tierschutzorganisationen immer wieder ein heiß diskutiertes Thema. Für den praktizierenden Landwirt, egal ob ökologisch oder konventionell wirtschaftend, können unbedachte Entscheidungen in dieser Sache weitreichende Folgen haben. Auf unserem Milchviehbetrieb mit Boxenlaufstall in Niedersachsen werden die Kälber mit ca. acht Wochen mit einem elektrischen Enthornungsgerät enthornt. Als Ausbildungsbetrieb ist es für uns besonders wichtig, den Azubis den tiergerechten Umgang mit jedem Tier auf dem Betrieb vorzuleben. Gerade für Azubis, die nicht aus der Landwirtschaft kommen, stellt das Enthornen der Kälber eine besondere Herausforderung dar. Oft kommt als erstes die Frage, ob den Tieren das nicht wehtut. Natürlich ist die Enthornung mit gewissen Schmerzen beim Kalb verbunden, doch kann in diesem Punkt zum Teil Abhilfe geschaffen werden. Auf unserem Betrieb wird kein Tier ohne Betäubung enthornt. Sowohl für das Kalb als auch für den Menschen, der die Enthornung durchführt, ist die Betäubung des Tieres sinnvoll. Für das Kalb wird der Stress auf ein Minimum

reduziert und für den Menschen ist dies eine starke Arbeitserleichterung. Während der Betäubung spürt das Tier keine Schmerzen, die Person kann sich voll auf das Enthornen konzentrieren und kann sorgfältiger und sauberer arbeiten, als wenn das Kalb sich mit Kräften wehrt. Die Enthornung an sich, so erklären wir das auch den Azubis, ist für unseren Betrieb unerlässlich. Zwar haben unsere Milchkühe im Boxenlaufstall jede einen Fressplatz und auch jede einen Liegeplatz, dennoch sind, wie in jeder Herde auch, bei uns Rangkämpfe zwischen den Tieren an der Tagesordnung. Die Verletzungsgefahr für das andere Tier, aber auch für uns Menschen, wäre bei Tieren mit Hörnern ungleich höher. Eine Entscheidung gegen das Enthornen hätte für uns als Betrieb, aber auch für viele andere Betriebe, zur Folge, dass entweder der Kuhbestand reduziert werden müsste oder durch bauliche Maßnahmen der Stall umgestaltet, damit die Gefahr für Mensch und Tier geringer wird – ganz ausschalten wird man sie nie können. Beide Varianten sind gerade für kleine und mittlere, aber auch für große Betriebe, sehr schwer umzusetzen und hätten zur Folge, dass Be-

triebe auch über die Aufgabe der Milchviehhaltung nachdenken würden. Aus diesem Grund halte ich die Betäubungspflicht beim Enthornen von Käl-

bern für einen guten Kompromiss, um sowohl dem Tier als auch den tierhaltenden Betrieben gerecht zu werden.

Jörn Manke



Frisch Enthornt und von der Betäubung noch benommen.

Foto Manke

Schwesterlich für die Brüder

Die Bruderhahn-Initiative will männliche Eintagsküken vor dem Schredder retten

Plakativ in pink rekt ein stilisierter Hahn seine stolzeschwellete Brust auf dem Infomaterial der Bruderhahn-Initiative. Eine sprichwörtliche Hühnerbrust, an der noch nicht einmal die Hälfte an Fleisch dran ist wie bei einem Masthähnchen, obwohl sie mehr als doppelt so alt ist. Gleich mehrere Dilemma werden offenbar: Über Jahrzehnte verengte eine konzentrierte Geflügelzuchtindustrie weltweit die Auswahl an Hühnerrassen auf einige wenige, die entweder Eier legen oder Fleisch ansetzen. Das hat zu der überall üblichen Praxis geführt, in der Legehennenaufzucht die männlichen Küken nach dem Schlüpfen zu töten – in Deutschland sind das im Jahr rund 34 Mio. Tiere. Durch die Monopolstellung der Geflügelzuchtindustrie gibt es da kaum Auswege, auch im Ökolandbau legen meistens auf Legeleistung gezüchtete Hybridhennen die Eier. Experimente mit noch alten oder neu in geringem Umfang züchterisch bearbeiteten Zweinutzungsrassen waren bislang wenig befriedi-

gend oder stecken allenfalls in den Kinderschuhen. Auch Carsten Bauck kann davon ein Lied singen, hat der niedersächsische Biobauer doch schon einiges an Geld in Zweinutzungshühnern und -hähnen versenkt. Deshalb ist er nun einer jener Mitinitiatoren der pinken Plakate und der Initiative, die dahinter steckt. Es geht darum, über den ethischen Aspekt dem Verbraucher 4 Cent mehr für das Ei im Laden abzuverlangen, damit die männlichen „Brüder“ der Legehennen aufgezogen werden können. Diese brauchen diese Subventionierung durch ihre Schwestern, da sie eben so extrem viel schlechter in der Futtermittelverwertung sind. Bauck hat eine Weile experimentiert, bis er überhaupt zu Hähnen gelangt ist, deren Fleisch vermarktbar ist. Das habe nach wie vor alles mit dem bekannten, auf der Zunge schmelzenden Hähnchenfleisch nichts zu tun, bekennt er, aber Mortadella und Burger könne man gut draus machen. Und es gebe eben auch Köche, die ihre Erwartungshaltung ablegen

könnten und die Zubereitung der Bruderhähne als Herausforderung begriffen, so Bauck.

Das ethische Thema

Wichtiger noch ist allerdings für den Start des Projekts, dass der Demeter-Babykosthersteller Holle angekündigt hat, das Fleisch abzunehmen. Außerdem gehören die drei Naturkostgroßhändler Naturkost Elkershausen, Naturkost Erfurt und Naturkost Nord zu den Initiatoren des Projekts. Für den Naturkosthandel ergibt sich die Chance, sich durch den ethischen Zusatznutzen vom Supermarkt Bio-Ei abzuheben. Ab 1. Januar 2013 wollen die drei Großhändler ihren Lieferanten nur noch Eier anbieten, die 4 Cent mehr kosten. Laut Carsten Bauck landen davon 3 Cent beim Bauern und 1 Cent beim Verein der Initiative. Erst wenn sich Verbraucher finden, die bereit sind, Geld dafür auszugeben, dass Bruderhähne nicht mehr im Küken-schredder landen, werden sie aufgezogen. Das Risiko für die Bauern und Bäuerinnen ist damit gering, trotzdem

schlägt Bauck bisher wenig Begeisterung entgegen, wenn er mit Berufskollegen spricht. Er gilt eher als Nestbeschmutzer, denn als Aufklärer, auch wenn er argumentiert: „Wir wollen anfangen, Antworten zu formulieren auf die Fragen, die wir kriegen werden.“ Auch die die Initiative zumindest begleitenden Verbände Bioland und Demeter geraten in die Pflicht und gerade Bioland tut sich nicht leicht mit einer offensiven Kampagne, die den Großteil der Mitgliedsbetriebe mindestens in moralische Schwulitäten bringt. Dabei ist für Bauck, dessen Betrieb Bioland- und Demeter-zertifiziert ist und für den auch nur die beiden Verbände und deren Betriebe als Bruderhahn-Projekt-Partner in Frage kommen, klar, dass die Aufzucht der Bruderhähne nur eine Station auf dem Weg zu einem funktionierenden Zweinutzungshuhn sein kann. Solange es das aber noch nicht gibt, sieht er die Bruderhahn-Initiative auch als Profilierungsmöglichkeit bauerlicher Ökobetriebe und argumentiert: „Das ethische Thema können kleinere Strukturen besser abbilden.“ cs

Auch die konventionelle Agrarindustrie macht Ökolandbau

Durch den Fokus auf die Rendite bleibt das Tierwohl nicht selten auf der Strecke

Derzeit schwappt eine Welle der Kritik am Biolandbau durch die Medien. Dabei geht es um die Gesundheitseffekte von Bio-Lebensmitteln, um den Betrug bei Soja-Futtermittel-Importen und vor allem um Missstände in der Öko-Tierhaltung: mit Bildern von vernachlässigten Schweinen in der Gülle und ohne Einstreu oder von „Freilandhühner-Ausläufen“, die wegen überdimensionierter Bestände und fehlender Strukturen lediglich auf dem Papier stehen. Die aktuelle „Stanford-Studie“ kommt nach Auswertung vieler Untersuchungen zu dem Ergebnis, Bio sei nicht viel gesünder als konventionelle Lebensmittel. Die Bio-Verbände haben daraufhin zu Recht nicht nur auf Unterschiede bei den Pestizid-Rückständen und der Gentechnikfreiheit hingewiesen, sondern vor allem auch auf die Vorzüge des Ökologischen Landbaus hinsichtlich Res-

sourceinsparung, Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz, Fruchtfolgen und Vielfalt. Trotz unübersichtlicher Tendenzen einer „Konventionalisierung“ in bestimmten Bereichen des Ökolandbaus und des noch notwendigen (restriktiven) Einsatzes von Kupfer-Spritzmitteln im Obst-, Wein- und Kartoffelanbau hat die Branche hier ein gutes argumentatives Fundament. Das gilt eigentlich auch für die Tierhaltung, wie Tausende von Ökobetrieben mit artgerechten und vorzeigbaren Ställen und Auslaufflächen Tag für Tag beweisen. Trotz notwendiger Weiterentwicklungen in professionellerem Management oder der Zucht geeigneter Zweinutzungsrasen trauen die Verbraucher gerade dem Ökolandbau eine artgerechte Tierhaltung zu und erwarten insbesondere diese von ihm. Umso verheerender die aktuellen Berichte der *ARD-Sendung FAKT* über schlechte Zustände in Hühner- und Schweineställen. Den meisten Verbrauchern kann man vermutlich noch erklären, dass es durch-

Bio-Geflügelbarone?

aus Einzelfallprobleme gibt, die man durch Beratung und Kontrolle in den Griff zu bekommen versucht. Wenig Verständnis aber gibt es für die Agrarindustrialisierung immer größerer Bereiche der Bio-Tierhaltung durch große Player und Konzerne der klassischen Agrarindustrie.



Unternehmenssitz von „Grüne Wiesen Biohöfe GmbH“

Foto: GS Agri

aus Einzelfallprobleme gibt, die man durch Beratung und Kontrolle in den Griff zu bekommen versucht. Wenig Verständnis aber gibt es für die Agrarindustrialisierung immer größerer Bereiche der Bio-Tierhaltung durch große Player und Konzerne der klassischen Agrarindustrie.

schätzte der FOCUS den Umfang des Tiemann-Geflechts bereits im Jahr 2006, hinzu kommen Puten und Masthühner. Aus dem agrarindustriellen Umfeld stammt auch Friedrich Behrens, der unter dem Namen „Fürstenhof“ ein Netz von biozertifizierten Legehennenfirmen in Ostdeutschland aufbaut – mit ca. 300.000 Legehennen in 14 Hühnerfarmen. Tiemann (Naturland) und Behrens (Biopark) zusammen dürften mittlerweile etwa die Hälfte aller „Bio-Eier“ im klassischen Lebensmittelhandel liefern. Weitere Akteure mit agrarindustriellem Hintergrund in diesem Öko-Bereich: Eskildsen (konventionell aktiv mit „Landkost-Ei“), Hennenberg oder Werner Hofreiter. Nicht zu vergessen Martin Bohm als Gründer der „Freiland Puten Fahrzenhausen GmbH“, an der laut Firmenregister auch der Brite Paul Kelly und die niederländische Coolen International B.V. maßgeblich beteiligt sind. Mit der „Haltung auf bäuerlichem Boden“ (Biokreis) sind offenbar 6 Aufzucht- und 39 Mastbetriebe für Puten und

Hähnchen gemeint. Kooperiert wird mit der „Mecklenburger Landpute GmbH“, die auch konventionelle Puten schlachtet. Bisher wenig im Blickpunkt der Öffentlichkeit sind die Aktivitäten von Rodo Schneider und Sohn Ralf. Schneider war schon früher als Top-Manager des süddeutschen Schlachtkonzerns Moxsel wegen der CSU-Nähe und der engen Geschäftsbeziehungen zur DDR höchst umstritten. Damals wurde billiges Ostblock-Fleisch zins- und steuergünstig über die DDR, nach deutschem Recht kein Ausland, in den Westen geschleust. Der Konzern profitierte laut *SPIEGEL* „üppig von dubiosen Geschäften mit der DDR“, während die hiesigen Bauern heftig gegen diese ruinösen Dumping-Importe protestierten. Nach der Wende kaufte Sohn Ralf die 20.000er-DDR-Bullenmastanlage mit 1.700 ha im mecklenburgischen Hohen Wangelin. Rodo Schneider erwarb das ehemalige VEG Borken, auf dem heute auf 5.000 Hektar 6.000 Biopark-Rinder gehalten werden, im 300 ha großen konventionellen Betriebsteil zudem 2.000 Mastschweine. Brancheninsidern zufolge sollen die Schneiders u.a. über die Vermarktungsorganisation „Weidehof“ maßgebliche Verbindungen innerhalb Biopark, zum Bauernverband und zum Tönnies-Schlachtkonzern unterhalten. Im Internet finde man Registerauszüge über gemeinsame Firmen von Tönnies und Moxsel in Rumänien. Es gibt Hinweise,

dass Rodo Schneider am Aufbau von konventionellen Tönnies-Schweinefabriken in Russland mit Hunderttausenden von Stallplätzen beteiligt ist. In Verbindung damit steht offenbar der Aufbau riesiger Biogas-Anlagen in Russland durch Siegfried Hofreiters KTG Agrar AG, die wiederum die Hälfte ihrer 30.000-Hektar ökologisch bewirtschaftet und die Produkte unter der Marke Biofarmers vertreibt.

Agrarindustrie-Bio-Lobby?

Mit Hinweis auf die Großstrukturen im Biobereich haben kürzlich die Bio-Verbände Biokreis, Biopark und Verbund Ökohöfe die „Bundesvereinigung Ökologischer Landbau“ (BVÖL) gegründet. Die Teilnahme von Ariane Müller von den Hofreiterschen „Biofarmers“ deutet an, dass „Agrarindustrie-Bio“ hier eine Interessenvertretung finden könnte. Mit dabei war auch Heinrich Graf von Bassewitz (Gut Dalwitz), Ökolandbau-Bauftragter des Deutschen Bauernverbands und Beteiligter an Behrens' Fürstenhof-Verbund. Das nährt die begründete Sorge, dass eine skandalträchtige agrarindustrielle Bio-Lobby mit ihrer Anpassung an ein „Billig-Bio“ der Handelskonzerne zunehmend die Öko-Richtlinien bestimmen und in Richtung der laschen EU-Bio-Verordnung mit ihren Möglichkeiten einer Öko-Konventionell-Betriebsteilung lenken könnte. *en*

Jauchs „Großer Bioschwindel“

Reisserische ARD-Sendung mit wenig Klärungspotenzial

Eine Flut von empörten Leserbriefen gab es wegen der *ARD-Talk-Sendung Günter Jauch* mit dem Titel „Der Große Bioschwindel“. Einen ehrlichen und sachkundigen Bio-Bauern wollte Jauch offenbar ganz bewusst nicht dabei haben: Der *Bauernstimme* liegen Informationen vor, wonach das Jauch-Team zunächst einen Demeter-Bauern eingeladen hatte, der dann aber kurzfristig als nicht genügend „skandalträchtig“ wieder ausgeladen wurde. Stattdessen war nun als Vertreter der agrarindustriellen Bio-Schiene Graf von Bassewitz dabei, der viele Grundsätze des Biolandbaus nicht überzeugend vertreten konnte.

Die Bio-Köchin Sarah Wiener sagte zwar viel Richtiges über Esskultur, kannte sich aber in der landwirtschaftlichen Praxis wenig aus: Bei ihren berechtigten Vorwürfen gegen Agrarindustriekonzerne und Massentierhaltung warf sie leider konventionell arbeitende Bauernhöfe in einen Topf mit Agrarfabriken.

Abstrus war auch die Auswahl weiterer Talkshow-Gäste: Dass Heiner Kamps als ehemaliger Brotmagnat und heutiger Vertreter des Müller-Milchkonzerns von einer engen Zusammenarbeit mit den Milchbauern redete, empfanden viele Bauern als Hohn. Erinnerten sie sich doch nur zu gut an das juristische Nachspiel der Demonstrationen für faire Milchpreise vor einer Müllermolkerei. Der Chemiker Udo Pollmer verbreitete Absurditäten: Dass von 3.000 Biohühnern etwa 1.000 „krepieren“ würden, dass Bio-Tiere im Durchschnitt alle „ein wenig kranker als konventionelle“ seien und dass Bio-Bauern die Tiere trotzdem nicht mit Medikamenten behandeln würden, um ihren Bio-Status zu behalten.

Jauchs Sendung hat unterschlagen, dass der Biolandbau von vielen tausenden bäuerlich wirtschaftenden Betrieben geprägt ist, die ressourcenschonend in Kreislaufwirtschaft und einer artgerechten Tierhaltung wirtschaften. *en*

Wahlfreiheit eingeschränkt, Biodiversität verdrängt

Im neuen EU-Sortenrecht muss es Änderungen für die Zulassung von Vielfaltssorten geben

Der Verkauf alter Sorten bedarf laut Erhaltungssorten-Richtlinien genau wie industrieller Sorten einer amtlichen Zulassung, jedoch ohne dass eine Sortenprüfung erfolgt. So kostet die Zulassungsgebühr zwar auch nur 30 Euro – doch den Gebühren von Tausenden von Sorten stehen Einnahmen aus nur geringen Mengen Saatgut zur Verfügung, die aufwändig separat erzeugt werden. Wer Saatgut mehrerer Hundert Sorten zum Verkauf anbieten will, ist schnell über zehntausend Euro los. Im Gegensatz dazu stehen bei Sorten für den Erwerbsanbau, auch im Bioanbau, der amtlichen Sortenzulassung – hier aufgrund einer Prüfung – Einnahmen durch entsprechende Saatgutmengen gegenüber. Nur selten werden aus Vielfaltssorten Produkte für nationale Märkte. Selbst in der kaufkräftigen und vielfaltsbewussten Schweiz können der Pro Spezie Rara-Stiftung zufolge 90 Prozent aller Vielfaltssorten keine wirtschaftliche Bedeutung erreichen. Derzeit sind laut Webseite des deutschen Bundessortenamts gerade einmal acht Erhaltungssorten zugelassen, weitere zwölf sind im Verfahren, fast zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung. Praktisch alles, was es auf Saatgutmärkten und in Erhalter-Katalogen gibt, ist nicht zugelassen. Glaubt man der Saatgutindustrie, so gehört solcher Art Saatgut ausschliesslich in Genbanken und jedenfalls nicht in Gärten oder auf Äcker.

Better Regulation?

Selbst wenn die Zulassung kostenlos wäre, wie es derzeit bei Vielfalts-Obstsorten der Fall ist, bedeutet sie Arbeitszeit. Und warum überhaupt eine amtliche Zulassung? Es ist keine Prüfung mit der Zulassung verbunden, die Gebühr dient lediglich der Verwaltung. Das ist ganz sicher nicht im Sinne von „Better Regulation“ – Bürokratieabbau in der EU, Motto der Saatgutrechtsreform. Die Warnung vor Trittbrettfahrern läuft ins Leere,

denn die Käufer seltener Sorten werden durch die amtliche Zulassung nicht geschützt, wenn in der Saatguttüte nicht die gewünschte Sorte wäre. Die interessierten HausgärtnerInnen beziehen Vielfaltssorten von einschlägigen Organisationen, häufig bei Veranstaltungen. Dort werden sie beraten. Wer nicht überzeugt ist, kauft nicht. Wer nicht zufrieden ist, beschwert sich oder kommt nicht wieder. Ein möglicher Schaden wäre zu gering für eine Klage von Seiten der Verbraucher. Auf eine amtliche Zulassung legen diese Saatgutnutzer keinen Wert, denn sie bietet ihnen keinen Vorteil. Klagen können derzeit Unternehmen wie Graines Baumaux gegen Kokopelli wegen eines Wettbewerbsvorteils aufgrund der fehlenden Zulassungen – wenn das Gericht in Nancy im Frühjahr sein Urteil spricht, könnte Kokopelli zu vielen Tausend Euro Strafe verurteilt werden. Auch ordnungsrechtliche Verfahren wie das gegen die lettische Farm Neslinko in 2012 sind derzeit überall in der EU möglich.

Schutz durch Nutzung

Das große Geld wird mit Vielfaltssorten nicht gemacht, aber die Vielfalt wird erhalten. Erhalter arbeiten oft im Hobbybereich und im Übergang vom Hobby zum Kleingewerbe. Sie entwickeln ihre Kenntnisse und Fähigkeiten mit ihrer Erhaltungspraxis und lernen voneinander. Ihre Arbeit ist mit Kosten verbunden, und Verbraucher sind bereit, für das Saatgut zu zahlen. Warum sollte eine Gesetzgebung dies unterbinden? Manchmal fördern dieselben Behörden, die die aufwändige Zulassungspflicht befürworten, Projekte zur Vermarktung von Biodiversität: Schutz durch Nutzung! Warum dann die Nutzung unnötig behindern? Die Auffassung der deutschen Behörden, dass nur das unentgeltliche Abgeben des Saatgutes außerhalb eines Gewerbes nicht dem Saatgutrecht unterliegt, darf daher keinesfalls zum neuen

EU-Saatgutrecht werden. Überall in Europa finden lokale Saatgutbörsen, Veranstaltungen und Aktionen statt. Auf europäischer Ebene treffen sich regelmäßig „Let's Liberate Diversity“ sowie die Saatgutkampagne zum Austausch von Saatgut und Ideen und zu Aktionen vor allem zur anstehenden EU-Saatgutrechtsreform. Sie fordern die Aufhebung der Zulassungspflicht. Wohlgermerkt, die Zulassung soll nicht abgeschafft, sondern freiwillig sein. Angepasste Zulassungsbedingungen braucht die sich derzeit rasch entwickelnde Biozüchtung. Zum Beispiel sollten Sorten, die sich im Bioanbau bewähren würden, nicht aufgrund konventioneller Kriterien amtlicher Prüfungen von der Vermarktung fern gehalten werden dürfen. Die von der Züchtungsindustrie geforderte Privatisierung der Prüfungen lehnen Biozüchter ab, denn sie wollen weder auf die Züchtungsindustrie noch auf das in Frankreich angesiedelte EU-Sortenamt angewiesen sein; eigene Prüflabore können sie sich nicht leisten.

Transparenz gefordert

Biozüchter und Erhalter fordern Transparenz bei den Züchtungsmethoden – Landwirte und Verbraucher müssen wissen, ob die Züchtung biotechnologisch in der Zelle oder an den Pflanzen auf dem Feld erfolgte – das darf ebenso wenig Geschäftsgeheimnis sein wie die Frage, ob das Saatgut patentierte Bestandteile enthält. Die molekulare Identifizierung von Sorten lehnen Biozüchter und Erhalter ab; sie würde wegen der erleichterten Verfolgung das Geschäftsmodell des patentierten Saatguts für die Agroindustrie noch attraktiver machen. Dass die industriellen Sorten sich im Anbau kaum noch unterscheiden lassen, ist ein selbst geschaffenes Problem der Agroindustrie.

Susanne Gura

Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt e.V.



Zukunft säen

Die zentrale Botschaft der Aktion ist, dass Saatgut ein Kulturgut ist und nicht vorrangig ein Wirtschaftsfaktor. Auch in diesem Herbst kann man auf Demeterbetrieben wieder „Zukunft säen“. Rund 30 Termine mit regionalen Schwerpunkten in Norddeutschland und Baden-Württemberg, Hof- und Erntedankfeste mit Podiumsdiskussionen, Hofführungen und Infoständen markieren den Rahmen, in dem der Ökoanbauverband Demeter Verbraucher für das Thema einer angepassten Züchtung für den ökologischen Landbau informieren will. Termine und Infos unter www.demeter.de cs



Vielfalt der Saatgutinitiativen erhalten!

Foto: BLE

Nur gemeinsam für eine Landwirtschaft der Zukunft!

Eine ökologisch und sozial verantwortbare Landnutzung erfordert das Zusammenwirken Vieler

Natürliche Produktivität, Gesundheit (Funktionstüchtigkeit), Schönheit und Vielfalt unserer Kulturlandschaft hängen letztendlich davon ab, dass möglichst viele Menschen anknüpfend an Traditionen den Landbau mit nachhaltigen Methoden ausüben. Damit zusammenhängen Fragen der Nahrungsmittelverschwendung, des Wegwerfens, der fehlenden Wertschätzung der Urproduktion. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Lösung der globalen Ernährungsprobleme entweder nachhaltig und ökologisch, anknüpfend an Traditionen und auf lokaler Ebene oder überhaupt nicht stattfinden wird. Fragen des Energieeinsatzes für die zu erzeugenden Agrarprodukte werden dabei eine immer größere Rolle spielen müssen.

Produktionslandschaften

Die gegenwärtige Tendenz der Agrarnutzung zur weiteren Konzentration und Industrialisierung hat unsere historisch gewachsene Kulturlandschaft in kürzester Frist in immer größeren Teilen zu „maximierten“ Produktionslandschaften geführt mit den bekannten ökologischen Auswirkungen (Eutrophierung, Humuschwund, Bodenverdichtung, Bodenerosion, Grundwasserbelastung, verminderte Grundwasserbildung, Biodiversitätsverlust ...), gepaart mit sozialen Problemen. Das Dilemma unserer Zeit ist, dass wir die Arbeitsproduktivität der Landbewirtschaftung in den letzten Jahrzehnten auf das mehr als 20fache gesteigert haben. Die Landbewirtschaftung im Osten Deutschlands wird als die „modernste“ angesehen, da sie am stärksten mit Großmaschinen und Agrochemie ausgestattet ist. Die von uns allen beklagten Folgen dieser „Entwicklung“ sind ein Abwandern arbeitsfähiger Bevölkerung aus unseren ländlichen Räumen bei gleichzeitiger Erhöhung der Sozialabgaben (Harz IV-Empfänger), zwangsläufig damit verbunden ist ein Zusammenbrechen der Dorfkultur, der Dorfgemeinschaften, eine Polarisierung.

Die großen Agrarbetriebe mit ihrer vergleichsweise geringen Wertschöpfung existieren vor allem aufgrund der Agrarförderung. Das als besonders zukunftsfähig zu bezeichnen, geht an der Forderung nach Nachhaltigkeit vorbei. Dem gegenüber sind Unternehmen mit hoher sozialer und ökologischer Verantwortung im gegenwärtigen agrarwirtschaftlichen System kaum wettbewerbsfähig! Die Landnutzung der Zukunft wird sich aber, muss sich aber, – unter Wahrung der Freiheit des Einzelnen, – wieder stärker in die lebensnotwendigen Naturzusammenhänge einer endlichen Welt integrieren. Bei der

zukünftigen Landschaftsnutzung muss dem Erhalt der Funktionstüchtigkeit der Landschaft, insbesondere der Böden, höchste Aufmerksamkeit zukommen. Das verlangt eine Honorierung erbrachter ökologischer Leistungen wie Humuserhalt/-mehrung, Grundwasserbildung in Menge und Güte, Aspekte der Biodiversität, aber auch sozialer Art wie Arbeitskräftebindung pro Flächeneinheit. Aktuell werden in unserm Hochlohnland subventioniert billig Agrargüter für einen Weltmarkt produziert, auf Kosten der Steuerzahler, des sozialen Zusammen-



Kulturlandschaft erhalten!

Foto:©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

halts, der Umwelt, der armen Welt. Es macht wenig Sinn, mit öffentlichen Geldern eine Form der Agrarproduktion zu subventionieren, die im eigenen Land erhebliche Folgekosten verursacht, die wiederum mit öffentlichen Mitteln beglichen werden müssen.

Innovatives Wirtschaften

Die Adressaten für die in immer größeren Teilen der Bevölkerung erkannte Notwendigkeit nach einer Agrarwende können nicht die Landwirte sein – die Politik muss hier die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und sich dabei auch an den globalen ökologischen und sozialen Erfordernissen ausrichten. Die ländlichen Räume in Nordostdeutschland stehen vor der Wahl, sich ihrem Schicksal zu ergeben, weiter zu entvölkern, zu sozialen und ökologischen Problemräumen zu werden, oder aber sich mit innovativem Wirtschaften zu Pionieren eines Managements des ländlichen Raumes zu entfalten mit entsprechend hoher ökologischer und sozialer Kompetenz. Die Größe der Betriebe ist dabei nicht entscheidend. Auch für genossenschaftliche Formen der Landbewirtschaftung sollten wir offen sein. Mehr denn je brauchen wir heute Modelle der Effizienz und Nachhaltigkeit. Die Erneue-

rung der Landwirtschaft braucht eine breite Basis in der Landbevölkerung, das muss mit der Wiederbelebung regionaler Kreisläufe einhergehen, mit der Erzeugung von zertifizierten regionalen Produkten. Wir brauchen eine Zukunftsvision für die Landwirtschaft, mittelfristig, langfristig!

Verantwortbare Landnutzung

Die begonnene Energiewende muss eng mit der Agrarwende gekoppelt sein. Nicht nur für unser Land sind Ernährungsautonomie und Energieautonomie in einer sich dramatisch verändernden Welt entschei-

Grundlage dafür ist eine Belebung der Agrarkultur, der natürlichen Fruchtbarkeit der Böden, d.h. Humusmehrung, Stabilisierung des Landschaftswasserhaushalts, Eindämmung der Bodenerosion. Bei allen Formen der Landschaftsnutzung muss der Erhalt der Funktionstüchtigkeit der Ökosysteme – und das ist in unserem Falle der Boden – Priorität haben. Denn mehr denn je gilt heute: Kapital ist vermehrbar, Landschaft ist nicht vermehrbar. Gesunde, funktionstüchtige, intakte Landschaft ist ein immer knapper werdendes Gut, dessen Wert ständig steigen wird. Friedensreich Hundertwasser formulierte es in etwa wie folgt: Alle großen Nationen vor uns waren zu Ende, als ihr Humus zu Ende war; wir werden folgen, wenn wir nicht in der Lage sind, die dünne Schicht der Fruchtbarkeit unserer Erde zu erhalten, zu vermehren.

Zusammenwirken Vieler

Wir müssen endlich begreifen, dass der Boden ein Organismus ist, fein abgestimmt, mit einer ungeheuren Lebensfülle und mit der Eigenschaft, natürlich immer fruchtbarer, immer produktiver zu werden. Das Projekt Natur geht weiter, aber wohin steuert das Projekt Mensch – ein Projekt mit unbekanntem Ausgang!? Der Erhalt der Funktionstüchtigkeit unserer Landschaft ist auch unter dem Aspekt des Klimawandels eine der wichtigsten Sozialleitungen für unsere Zukunft. Das zu bewahren, das zu erhalten erfordert das Zusammenwirken vieler Partner: Landwirte, Forstwirte, Naturschützer, Unternehmer, aber auch von Architekten und Denkmalpflegern sowie von Vertretern der Kirchen und des kulturellen Lebens.

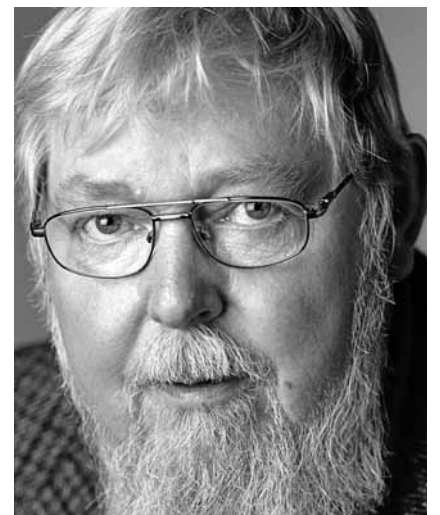
Prof. em. Dr. Michael Succow

Succow hat das Vorwort geschrieben zu dem Buch von Michael Beileites: Leitbild Schweiz oder Kasachstan?, das im ABL-Verlag erschienen ist (siehe Seite 21.)

dende Bausteine. Das Orientieren auf eine nachhaltige, d.h. ökologisch und sozial verantwortbare Landschaftsnutzung erscheint mir als der einzig zukunftsfähige Pfad beim Umgang mit unserer Lebensgrundlage Natur zu sein. In Anlehnung an Beileites (2012) ist eine biologisch orientierte Landwirtschaft konservativ und fortschrittlich zugleich, ist global denkend und lokal handelnd. Wir brauchen Vorausschau und Rückblick zugleich. Das traditionelle Wertesystem eines Landwirts ist zutiefst naturverbunden. So habe ich es jedenfalls als Kind auf dem elterlichen Bauernhof in Ostbrandenburg erlebt, so wurde es praktiziert, ohne die Begriffe ökologisch und sozial eigentlich zu kennen!

Grenzen des Wachstums

In der aktuellen Situation, in der die Grenzen des Wachstums sich immer deutlicher abzeichnen, die Gewinne zu privatisieren und die Verluste zu sozialisieren, d.h. der Allgemeinheit anzulasten, ist – das zeigt die Finanzkrise – nicht mehr hinzunehmen. Wenn zukünftig die Ölpreise „explodieren“ und die Transportkosten enorm steigen, dann wird es uns darum gehen, den Selbstversorgungsgrad, die Eigendynamik der Region zu stärken,



In Argentinien sterben Kinder

Für billiges Sojaschrot bezahlen Menschen in Argentinien mit ihrer Gesundheit

Es ist ein sonniger Tag, hier auf der Documenta. Am Stand der Künstlergruppe And And And in der Karlsau unter freiem Himmel sitzt man auf Holzbänken. Es ist eine entspannte, gemütliche Atmosphäre, der Himmel ist blau. Kaum vorzustellen, dass anderswo Flugzeuge derweil Pestizide auch über Häusern und Gärten von Menschen versprühen. Genau dies aber berichten Maria Godoy und Sofia Gatica, die aus Argentinien gekommen sind, um von ihrer fortlaufenden Vergiftung durch den Sojaanbau zu berichten. Erkrankungen und Vergiftungen durch Spritzmittel sind in der Ortschaft Ituzaingó Anexo, einem Vorort von Córdoba in Brasilien keine Ausnahme. Viele Kinder kommen mit Missbildungen auf die Welt, haben ein Loch im Gaumen oder Nierenfehlbildungen. „Viele Erwachsene sterben an Krebs“, berichtet Sophia Gatica.

Ein unbewohnbarer Ort

Die Ortschaft Ituzaingó Anexo ist umgeben von Sojaplantagen. Die gentechnisch veränderten Pflanzen werden bis zu vier mal mit Pestiziden behandelt. Vor allem Glyphosat und Endosulfat kommen nach eigenen Untersuchungen von Maria Godoy und Sofia Gatica zum Einsatz. Seit zwölf Jahren kämpfen sie gegen den Einsatz der vom Flugzeug aus versprühten Pestizide. Immer wieder haben sie Demonstrationen organisiert, um auf die unzähligen Krebserkrankungen, Missbildungen und die hohe Sterberate bei Kindern in ihrem Ort aufmerksam zu machen. Im Jahr 2005 kam ein Bericht über die Lebensbedingungen in Ituzaingó Anexo zu dem Urteil, dass der Ort nicht bewohnbar sei. Konsequenzen bleiben aus, da dem Autor von Seiten der Regierung nicht geglaubt wurde. Ein zweiter Bericht im Jahr 2007 bestätigte die Ergebnisse. Aber erst im Jahr 2009 handelte die Regierung. Direkt beauftragt von der Präsidentin Cristina Kirchner wurde ein dritter Bericht über die Gesundheitssituation der Bevölkerung erstellt. Mit erschreckenden Ergebnis. 33 Prozent der neugeborenen Kinder kommen mit Missbildungen zur Welt. Bei 80 Prozent der Bevölkerung wurden Pestizide im Blut nachgewiesen. Schon viele Jahre vorher war festgestellt worden, dass das Trinkwasser mit Endosulfat verseucht ist.

Ein Sieg vor Gericht

Einen ersten deutlichen Erfolg haben die Bewohner jetzt in einem Prozess gegen einen Sojafarmer und den Piloten eines Spritzflugzeugs erlangt: Ein argentinisches Gericht hat den Farmer und den Piloten der Vergiftung von Anwohnern mit Pestiziden für schuldig befunden. Die beiden

Männer erhielten Bewährungsstrafen von jeweils drei Jahren. Außerdem müssen sie gemeinnützige Arbeit leisten.

Die Verurteilten hatten nachweislich Glyphosat und andere Unkrautvernichtungsmittel auf Feldern mit gentechnisch veränderter Soja ausgebracht, die sich unmittelbar neben der Ortschaft Ituzaingó Anexo befanden. Sofia Gatica, bezeichnet dieses Urteil als historisch und ist dennoch wegen des niedrigen Strafmaßes enttäuscht: „Dass die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, verspottet die Opfer!“

Handeln Sie!

Mit einer abschließenden Bitte wendet sich Maria Godoy an die Zuhörer in der sonnigen Karlsau. „Sie haben die Möglichkeit auf den Import gentechnisch veränderter Soja zu verzichten und damit ein Signal nach Argentinien, aber auch Brasilien und die USA zu senden, dass der Anbau gestoppt wird.“

Wie dies vor Ort aussehen kann, davon berichtet Peter Hamel, der in der Wetterau gemeinsam mit vielen anderen Landwirten eine Einkaufsgemeinschaft für gentechnikfreie Soja aufgebaut hat. Damit zukünftig auch die Verbraucher im Laden einen Beitrag zum Einsatz gentechnikfreier Futtermittel leisten können, forderte der Landwirt eine Kennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern, wenn die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. *mn*

Kurzes am Rande

Genpollen im Honig

Die EU-Kommission hat mit einem Vorschlag zur Änderung der Vorschriften über Honig auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs reagiert. Das Gericht hatte in seiner Entscheidung zur Verunreinigung von Honig mit gentechnisch verändertem Pollen, diesen als eigenständige Zutat definiert. Für eine Kennzeichnung im Falle einer Verunreinigung mit GVO bedeutet dies, dass sobald über 0,9 % des Pollen mit GVO verunreinigt sind der Honig gekennzeichnet werden muss. Unklar blieb ob darüber hinaus noch eine weitere Unterteilung der Pollen nach Pflanzenart erfolgen muss und damit noch geringere Verunreinigungen zu einer Kennzeichnung führen würden. Grundsätzlich sind die Verunreinigungen wohl als zufällig und technisch nicht vermeidbar einzustufen. Dies gilt allerdings nur für in der EU zugelassenen GVO. Ansonsten besteht eine Nulltoleranz. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht nun vor Pollen als natürlichen Bestandteil des Honigs zu definieren. Eine Kennzeichnung wäre damit ausgeschlossen, da der Pollenanteil im Honig in der Regel unter 0,9 % liegt. *mn*

Erhöhtes Krebsrisiko durch Gen-Mais

Einer französischen Studie zufolge erhöht die Fütterung der gentechnisch veränderten Maissorte NK603 bei Ratten das Krebsrisiko und die Sterblichkeit. In der Studie wurden 200 Ratten in verschiedenen Versuchsanordnungen auf die Verträglichkeit von Gen-Mais bzw. verschieden dosierten Glyphosat Gaben gegenüber konventionellem Mais getestet. Wesentliche Ergebnisse der Studie zeigen erstens: Der Glyphosat-resistente Gentech-Mais verursacht schwere gesundheitliche Schäden bei Ratten, zweitens: Glyphosat verursacht schwere gesundheitliche Schäden, sowohl in Kombination mit Gentech-Mais als auch allein. Als „Paukenschlag“ bezeichnen Bündnis 90/ die Grünen sowie verschiedene Landwirtschafts- und Naturschutzverbände diese Ergebnisse und fordern von Ministerin Aigner einen sofortigen Importstopp der Maissorte NK603 des US-amerikanischen Konzerns Monsanto. Biotechnologieverbände weisen jedoch darauf hin, dass die Ergebnisse der Studie aufgrund der geringen Anzahl der Tiere und deren Zustand und Alter bei Studienbeginn nicht signifikant sein können. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit hat nun den Auftrag die Studie zu prüfen und entsprechende Empfehlungen auszusprechen. *jm*



Warnten vor der Bedrohung durch Pestizide: Sofia Gatica und Maria Godoy aus Argentinien und Hendrik Maas (jAbl)

Foto: Nürnberger

Für eine andere Agrarpolitik!

Good Food March kommt nach drei Wochen in Brüssel an

Mit Pauken und Trompeten, Posaunen und Trommeln zogen sie durch Brüssel bis vor das Europäische Parlament. Die Teilnehmer, die zu Fuß, auf dem Fahrrad oder mit dem Traktor unterwegs waren, kamen aus 20 Regionen Europas. Vom Startpunkt in München haben die Teilnehmer während ihrer dreiwöchigen Anreise in die Europahauptstadt die Wünsche, Anliegen und Forderungen der Bevölkerung für eine zukünftige europäische Agrarpolitik gesammelt. Der Good Food March versteht sich als Sprachrohr der Zivilgesellschaft. In über 50 Veranstaltungen entlang der Strecke konnte sich die Bevölkerung über den aktuellen Planungsstand der zukünftigen Agrarpolitik informieren und ihre eigenen Erfahrungen und Anregungen mitteilen.

Direkt vor dem Haupteingang des Parlamentsgebäudes fand zum Abschluss ein großes Brunch mit biologischen, regionalen und saisonalen Produkten statt. Gestärkt von Reis mit Kichererbsen und Rote Beetegemüse oder einer Suppe tauschten sich die Teilnehmer untereinander, mit interessierten Bürgern und mit EU-Abgeordneten aus. Neben Rebecca Harms, José Bové und Martin Häussling, die für die Grünen im Europaparlament sitzen, kam auch der amtierende Agrarkommissar Dacian Ciolos zum Brunch. Vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik seit 50

Jahren die erste ist, in der das Europaparlament und der Rat der europäischen Union Mitbestimmungsrechte haben, komme dem Engagement der Zivilgesellschaft einen besondere Bedeutung zu, betonte Ciolos.

ARC 2020

Zu der im Anschluss folgenden Konferenz, die ein Zusammentreffen von den Vertretern der Zivilgesellschaft mit denen der europäischen Institutionen war, hatten Slow Food und ARC 2020 eingeladen. ARC 2020 ist eine europaweite Plattform, in der sich über 150 Netzwerke und Organisationen zusammengefunden haben, um sich für eine wirkliche, die Interessen der Bevölkerung nach einer ökologisch verträglichen, sozial nachhaltigen und die ländlichen Regionen stärkenden Reform der Europäischen Agrarpolitik einzusetzen.

Hochrangig besetzt

Eröffnet wurde die Konferenz von einer

Ansprache des Vorsitzenden des Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, Paulo de Castro, der den kurzfristig verhinderten Parlamentspräsidenten Martin Schulz vertrat. Agrarkommissar Dacian Ciolos betonte, dass es jetzt darauf ankommt, für eine zukünftige Agrarpolitik die Weichen zu stellen. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass die Vorschläge sich jetzt im Abstimmungsprozess befinden, der erfahrungsgemäß immer Kompromisse erfordere. Damit dennoch möglichst weitreichende Änderungen umgesetzt werden können,

Angabe des Vorsitzenden des Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, Paulo de Castro, der den kurzfristig verhinderten Parlamentspräsidenten Martin Schulz vertrat. Agrarkommissar Dacian Ciolos betonte, dass es jetzt darauf ankommt, für eine zukünftige Agrarpolitik die Weichen zu stellen. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass die Vorschläge sich jetzt im Abstimmungsprozess befinden, der erfahrungsgemäß immer Kompromisse erfordere. Damit dennoch möglichst weitreichende Änderungen umgesetzt werden können,

Wünsche und Hoffnungen

Im Anschluss berichteten Teilnehmer des Good Food Marche ihre Eindrü-

derungen führten dazu, dass viele Betriebe die Produktion ihrer gesunden, regional, in kleinen Strukturen erzeugten Lebensmittel einstellen. Die Selbstversorgung in Rumänien sinkt immer weiter. Dennoch, so ist sich der Rumäne sicher: „Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können wir Bauern Europa ernähren.“ Dass für junge Menschen die Landwirtschaft wenig Zukunftsperspektiven bereitstellt, betonte Erwin Schöpkes aus Belgien: Obwohl ich einen Sohn habe, der gerne den Hof übernehmen will, bin ich vor dem Hintergrund eines Milchpreises von 24 Cent bei Kosten von 40 Cent pro Liter Milch gezwungen, ihm zu sagen: Mach was anderes.“

Mitsprache eröffnet Chancen

In einem Dritten Teil beantworteten die Berichterstatter Luis Manuel Coulos Santos, Michel Dantin, Giovanni LA Via des Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie die Berichterstatterin des Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Karin Kadenbach Fragen. Zum grundsätzlichen Verfahrensablauf äußerte sich Benny Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Nachdem es zum ursprünglich im Parlament vorgestellten Entwurf über 6.000 Änderungsanträge gab, die in den Ausschüssen eingearbeitet

wurden, regte Haerlin an, zu Gunsten von Transparenz und gelebter Demokratie die aktuelle Version nochmals im Plenum zu präsentieren und nicht wie geplant ohne Parlamentsbeteiligung direkt dem Ministerrat weiter zu reichen.

Es gibt noch viel zu tun

Dass die Bevölkerung die Erfordernisse einer ökologisch nachhaltigen, das Einkommen der Landwirte sichernden, sozial und kulturell wirksamen Landwirtschaft begriffen hat, zeigt unter anderem die Beteiligung am Good Food March und der Demonstration „Wir haben es satt!“. Damit die formulierten Ziele für eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nicht auf den letzten Metern den Aktivitäten der Lobbyisten großer Agrarkonzerne und Bauernverbände zum Opfer fallen, ist es wichtig, gerade jetzt laut seine Meinung zu sagen. Der Good Food March war ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer gerechten Agrarpolitik. *mn*



Im Europaparlament: Die GAP-Tagung im Anschluss an den Good Food March

Foto: Gauchow

bedürfe es, so Ciolos, eines starken Engagements aller gesellschaftlichen Gruppen. Gleichzeitig warb der Kommissar für eine engere Beziehung zwischen Landwirten und Bevölkerung. Wörtlich sagte er: „Wir müssen die Gräben zwischen Verbrauchern und Landwirten zuschütten.“ Zypern, das derzeit die Ratspräsidentschaft inne hat, wurde durch Egly Pantelaki, Ministerin für Landwirtschaft, natürliche Ressourcen und Umwelt vertreten. Für eine Rückkehr der Würde des Landbaus warb Carlo Petrini, Gründer und Präsident von Slow Food. Er warnte vor den fatalen Folgen für die Nahrungssicherheit, wenn immer weniger Menschen, derzeit sind es fünf Prozent der europäischen Bevölkerung, in der Landwirtschaft tätig sind, gleichzeitig aber wenige multinationale Konzerne immer mehr Einfluss gewinnen. „Die GAP muss sich ändern, wenn Landwirtschaft für junge Menschen attraktiv, sie ein wirtschaftlicher Motor für ländliche Gemeinden und eine Siche-

cke. Ziegenhalterin Regine Holloh, die maßgeblich an der Organisation der Tour beteiligt war, erklärte: „Wir sind 900 Kilometer von München nach Brüssel gereist, um klar zu machen, dass die Zeit reif ist für eine neue Politik, die es uns jungen Landwirten ermöglicht, die Leute in Europa mit grüneren, besseren und gerechter erzeugten Lebensmitteln zu versorgen. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission müssen gutes Essen und gute Landwirtschaft unterstützen, und diese vor die Interessen der Ernährungsindustrie stellen.“ Sehr eindrücklich schilderte ein Bauer aus Rumänien die Veränderungen in seinem Land seit dem EU-Beitritt. Von den ehemals 400 Kühen in seiner Gemeinde seien gerade noch 40 übrig. Er selbst melkt seine sieben Kühe morgens und abends mit der Hand. Die Vorschriften der EU zu Lebensmittelsicherheit und Hygiene bezeichnet er als Mittel, den Menschen gesundes Essen vorzuenthalten. Die hohen Anfor-

CAP-Snaps für eine bessere EU-Agrarpolitik

Junge AbL auf der [d]OCUMENTA

Diesen Sommer fand in Kassel die 13. [d]OCUMENTA statt. Es ist eine der weltweit wichtigsten Kunstausstellungen, die alle fünf Jahre Künstler und Besucher aus der ganzen Welt in die Stadt holt. Einige der Künstler griffen bewusst und kritisch auch die Themen Landwirtschaft und Ernährung auf und setzten sie vielfältig in Szene. Die Künstlergruppe AND AND AND initiierte unter anderem einen Kiosk in der Karlsaue, der regionale, ökologische und faire Produkte anbot. Er wurde von Silke Förke realisiert und betrieben. Zum Rahmenprogramm gehörten regelmäßige Diskussionsveranstaltungen zu vielen Themen, wobei immer regional aktive Gruppen mit eingebunden wurden. Über den Kontakt der Uni Witzenhausen zu den Künstlern konnten wir auch als jAbL eine Aktion veranstalten.

Anfang September haben wir dort an einem sonnigen Spätsommertag eine Posterausstellung zu unserem Lebensmittelsystem gezeigt und Schnappschüsse mit Forderungen zur GAP-Reform („CAP-Snaps“) für den Good Food March gesammelt. Daneben gab es auch einen Infostand und eine Diskussionsrunde zur Zukunft junger Landwirte.

Die Posterausstellung bot auf interaktive Weise Informationen zu Lebens-

mitteln, Konsum und Ökolandbau sowie Hintergründe zur aktuellen Reform der EU Agrarpolitik, bäuerlicher Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Im direkten Gespräch mit den Dokumenta-BesucherInnen zeigte sich, dass weiterhin großer Informationsbedarf bei den VerbraucherInnen besteht. Es stellte sich heraus, dass den meisten Menschen die Grundlagen und Zusammenhänge in der Landwirtschaft nicht bekannt sind. Gleichzeitig sprechen sie sich für artgerechte Tierhaltung, Biodiversität und Verzicht auf Gentechnik aus. Vielen wurde es bewusst, dass diese Ziele nur in einer bäuerlichen Landwirtschaft möglich sind.

Am gleichen Tag fand eine Gesprächsrunde statt, die von den Künstlern Rene Gabri und Ayreen Anastas geleitet wurde. Sie beschäftigte sich mit den gegenwärtigen problematischen Rahmenbedingungen für junge LandwirtInnen. Einer der Teilnehmer war der Bioland-Obstbauer Martin Döring aus Besse bei Kassel. Er belieferte den Kiosk mit Beeren und Pflaumen. Seinen Betrieb hat er 2003 neu aufgebaut. Für ihn sind faire Preise und der direkte Kontakt zu den Kunden wichtig für seine Zukunft.

Unsere Ausstellung fand im Rahmen des Good Food March statt. Wir haben die BesucherInnen um ein Statement

oder eine Forderung zur EU-Agrarpolitik gebeten, die sie auf ein A4-Blatt schreiben sollten. Anschließend wurden sie von uns mit ihrer Botschaft fotografiert. So konnten die „CAP-Snaps“ neben 1.300 weiteren CAP-Snaps am 19. September dem Agrarkommissar, dem

Ministerrat, dem Komitee der Regionen sowie einigen Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Form eines Bildbandes übergeben werden.

Nina Weis, Hendrik Maas
Junge AbL



Die Entstehung eines CAP-Snap.

Foto: Nürnberger

Für gesunde Kartoffeln

Der Good Food March demonstriert gegen Gentechnik und Patente

Wir wollen gesunde Kartoffeln und keine Gentechnik Riesen Pommes!“ Mit einer deutlichen Forderung für ein klares Ende der Neuentwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen waren die Vertreter des Good Food Marches, Bäuerinnen, Bauern und Verbraucher vor die Werkstore des Chemieunternehmens gezogen. „Wir lassen uns von BASF nicht täuschen. Auch wenn die Konzernzentrale zu Jahresbeginn das Aus für die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel ‚Amflora‘ bekannt gegeben hat, läuft das von BASF beantragte EU-Zulassungsverfahren zum Anbau der gentechnisch veränderten Speisekartoffel ‚Fortuna‘, die für die Pommesserzeugung geeignet sein soll, weiter. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel. Grund sind die nicht absehbaren Risiken. Auch Pommes- und Chipshersteller lehnen

Gentechnik in Lebensmitteln ab – warum sollen wir sie dann auf unseren Äckern pflanzen? Das Versprechen von BASF, mit Fortuna ließe sich die Kraut- und Knollenfäule bei Kartoffeln ‚vollständig und dauerhaft verhindern‘, überzeugt uns nicht“, so Annemarie Volling, Koordinatorin der Gentechnik-freien Regionen in Deutschland.

Die von der BASF bei der Kartoffel erzeugte Resistenz ist auf zwei Genen lokalisiert. Kritiker gehen davon aus, dass die Resistenz bei Fortuna schnell durchbrochen werden wird. Sie weisen darauf hin, dass es gegen diese Krankheit, die zu hohen Ertragsverlusten führen kann, bereits Erfolge auf praktiziertem, pflanzenzüchterischem Weg ohne Gentechnik gibt. *mn*

Zwischenstopp im Saarland

Agrarpolitik mit Ministerin bei Reis, Zucchini und Erdnusscreme

Es ist heiß an dem Spätsommertag im September, als die Good Food March-Radler in Saarbrücken ankommen. Auf dem großen Vorplatz des Staatstheaters werden die verschwitzten, aber zufriedenen AktivistInnen von Interessierten und Unterstützern begrüßt. Die Radfahrerinnen sind unterwegs nach Brüssel für eine faire und nachhaltige Lebensmittel- und Landwirtschaftspolitik. Einige radeln seit zwei Wochen durch Deutschland, andere haben sich erst heute auf der Route von Frankreich in das Saarland angeschlossen. Sonnenbeschienene Biertische, Orangensaft vom ansässigen Weltladen und ein warmes Essen erwarten sie. Regine Holloh, die Organisatorin der deutschen Route ist froh dass sie den Zwischenstopp in Saarbrücken erreicht haben. „Es ist oft anstrengend und mühsam, aber alle sind sehr motiviert. Wir fahren nach Brüssel, um uns in die Re-

form der europäischen Agrarpolitik einzumischen. Wir fordern die EU auf, die Steuergelder für Bauernhöfe anstatt für die Agrarindustrie einzusetzen!“ Unterstützt werden sie von vielen Bündnissen, wie dem „BUND“, „Attac“, dem „Weltladen“, „Greenpeace“ und der „Arbeitsgruppe Ökologischer Landbau“, die die Aktion in Saarbrücken begleiten. Auch die saarländische Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Anke Rehlinger (SPD) ist gekommen, um eine Begrüßungsrede zu halten. Helfer sorgen für ein kostenloses Protestessen à la Wam Kat aus fair gehandeltem Reis mit Kürbis, Zucchini und Erdnusscreme, das weitere Besucher anlockt. Nach dem Essen geht es weiter zum Hoffest auf den etwa zehn Kilometer entfernten Karcherhof, wo die AktivistInnen die Nacht verbringen und sich einen Tag Ruhe gönnen auf ihrem langen Weg nach Brüssel. *mb*

Ulrike Ottenottebrock-Völker

9.4.1952 – 9.9.2012

Wir haben Ulrike Ottenottebrock-Völker als enge persönliche Freundin sowie als langjährige Verlags-Geschäftsführerin der Bauernstimme und aktive Wegbegleiterin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sehr geschätzt. Sie hat sich bis zuletzt mit Herz, Leidenschaft und außerordentlichem Sachverstand und klarer Orientierung in die agrarpolitischen Diskussionen eingebracht. Sie stand uns auch für offene persönliche Gespräche immer bereit. Unsere Anteilnahme und tiefes Mitgefühl gilt ihrem Mann Günther, ihren Kindern Sara, Janna, Jonas und Rika sowie den weiteren Angehörigen.

Ulrike wird uns als Gesprächspartnerin und Mitstreiterin sehr fehlen. Als mutige Frau und persönliche Freundin wird sie uns aber nahe und in Erinnerung bleiben.

Maria Heubuch
AbL-Bundesvorsitzende

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf
AbL-Bundesvorsitzender

Georg Janßen
AbL-Bundesgeschäftsführer

Ulrich Jasper
Stellv. Bundesgeschäftsführer

Ulrike Ostendorff
Vorsitzende FaNaL e.V.

Josef Jacobi
Vorsitzender FaNaL e.V.

Bernd Schmitz
AbL-Landesvorsitzender NRW

Vera Thiel
Geschäftsführerin AbL-Bauernblatt-Verlag



Leserbriefe

Bauernfängerei für Profit mit Gift

Nur wenige Tage vor der Getreideernte spritzen viele Landwirte das Totalherbizid Roundup oder andere glyphosathaltige Mittel auf Getreideflächen, um Unkräuter zu vernichten und das Getreide zum gewünschten Termin „reifen zu lassen“. Das frisch geerntete Getreide enthält noch große Mengen des hochgiftigen Herbizids, das sich nicht schnell genug abbauen kann. Weil so gut wie keine Kontrolle des Getreides auf Giftrückstände stattfindet, landen die gefährlichen Stoffe direkt auf unseren Tellern. In der Beschreibung der Pestizid-Verpackungen steht sogar, dass das Stroh nach dem Ausbringen des Gifts nicht mehr verwendet werden darf. Beim Korn hingegen sei es egal, da dies ja „nur“ zu Viehfutter oder Brot verarbeitet werde. Indessen überschlagen sich weltweit die bestätigten Gesundheitsprobleme. Vielen Landwirten sind die Gefahren ihres Handelns nicht bewusst, weil sie von nieman-

dem darüber aufgeklärt werden. Chemie-Konzerne wollen schlicht den Absatz steigern. Es ist verantwortungslos, wenn Agrarhändler Landwirten derlei Pestizid-Spritzungen empfehlen. Und all dies geschieht mit Rückendeckung der Politik! Zwar ist Roundup zugelassen, doch das waren einst auch Tiermehl aus Kadavern, Atrazin, DDT, Contergan und Agent Orange. Heute würde niemand mehr ihre Gefährlichkeit anzweifeln. Wir Verbraucher sollten beim Einkauf verlangen, dass Futtermittel, Brot oder Stroh nur aus Getreide stammen, das keine Vorernte-Spritzung erhalten hat. Nur so lässt sich diese alljährlich wiederkehrende „Bauernfängerei“ für steigende Umsätze mit Pflanzengiften abstellen. Außerdem würden die Folgekosten im Gesundheitssektor sinken. Wir brauchen auch in Zukunft gesunde Lebensmittel für Menschen und Tiere!

Winfried Wolff, 67229 Großkarlbach

Kämpfe auf dem Rücken der Bauern

Die 104.000 Bauernhöfe, die in den letzten 20 Jahren in Bayern aufgegeben wurden, sind eine logische Folge deutscher Agrarpolitik, die Hermann Priebe in seinem Buch „Die subventionierte Unvernunft“ schon 1985 so beschrieben hat. In 100 Jahren deutscher Agrarpolitik ist über alle einschneidenden geschichtlichen Veränderungen hinweg ein Grundphänomen gleich geblieben: Dass die Agrarpolitik von einer kleinen Gruppe größerer Landwirte beherrscht wurde, der es mit unnachahmlicher elitärer Arroganz gelang, die Verfolgung eigener Interessen als Einsatz für Volk und Vaterland darzustellen. Die übrige Bevölkerung wurde mit der drohenden Gefährdung der Existenz unserer Landbevölkerung und der Sicherheit unserer Ernährung beunruhigt und die große Masse der Bauern sogar gegen deren eigene Interessen zur Unterstützung dieser Politik gewonnen. In allen agrarpolitischen Machtkämpfen der letzten 100 Jahre wurde der Bauer vorgeschoben, um bestimmte Hilfen für die Landwirtschaft durchzusetzen. Diese kommen aber der Masse der kleinen und mittleren Familienbetriebe am wenigsten zugute. Sie vergrößern vielmehr die Gewinne in Handel, Genossenschaften, Banken und Agrarindustrie, schaffen Differentialrenten

für die ohnehin wohlhabenden größeren Landwirte. Mit Großbauern hat sich eine kleine Gruppe aus der vorindustriellen Sozialverfassung bis in die heutige Zeit erhalten, die alle Institutionen im Agrarbereich weitgehend beherrscht. In jedem Bundesland führt einer von ihnen den Bauernverband, wird Minister für Landwirtschaft, einige übernehmen die Leitung von Genossenschaften. Andere besetzen Positionen in Verbänden, Parteien und Parlamenten. Die Söhne studieren Landwirtschaft, lernen in der Agrarökonomie optimal Modelle für „entwicklungs-“ und „wettbewerbsfähige“ Betriebe zu entwickeln, vielleicht bei Agrarwissenschaftlern aus ihren Kreisen. Sie werden in der Bürokratie tätig, in Landwirtschaftsämtern, Beratungsstellen und im Verbandswesen. Dort entwerfen sie Strukturprogramme, vielleicht auch für die Agrarentwicklung in der Dritten Welt, in die dann die Überschüsse entsorgt werden können. Doch inzwischen ist die Lage ernst geworden, von den ca. 1,8 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben 1949 sind heute noch knapp 300.000 übrig und so führt diese Agrarpolitik über kurz oder lang zur Vernichtung einer einst so wichtigen Bevölkerungsgruppe.

Helmut Gundert, 72649 Wolfschlugen

Schweiz oder Kasachstan?

Michael Beileites, Bürgerrechtler und von 2000 bis 2010 Sächsischer Landesbeauftragter für Stasiunterlagen hat in seinem Buch die Entwicklung der Landwirtschaft im Osten Deutschlands seit dem zweiten Weltkrieg dokumentarisch aufgearbeitet. Er schildert wie wichtig ein vernünftiger Umgang mit der Ressource Boden für zukünftige Generationen ist. Dieses nachhaltige Wirtschaften sieht er nur durch eine bäuerliche Landwirtschaft gesichert.

In den Bundesländern der ehemaligen DDR schreitet die Landschaftszerstörung durch die Großbetriebe besonders schnell voran. Am Beispiel Sachsen beschreibt er die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Von der Bodenreform der 60er Jahre über die Zementierung der Flächenvergabe von den 90ern bis heute wird deutlich, dass die ostdeutsche Agrarstruktur keine gewachsene Struktur ist, wie es häufig behauptet wird. Er schildert das Versagen der Politiker quer durch alle Parteien und belegt wie der vereinigte Bauernverband LPG Vorsitzende an politisch wichtigen Schaltstellen positioniert und die Agrarreform von 1992 nutzt um die Flächen und die Gelder in Ostdeutschland in den Großbetrieben zu halten.

Wiedereinrichtern ist es heute nahezu unmöglich, Fläche anzupachten um als Familienbetrieb eine Existenz aufzubauen. In seinem Ausblick in die Zukunft plädiert er für kleine Betriebe als stabile und krisenfesten Einheiten, deren Betriebsleiter die Verantwortung für ihr Tun übernehmen. Als Ziel nennt er die Abschaffung der Agrarsubventionen und die Überwindung der Spaltung konventioneller und biologisch wirtschaftender Betriebe. Ein wichtiges Buch, das die Entwicklung in Ostdeutschland einordnet und Argumente liefert, um in der weiteren Diskussion eine Änderung der Agrarpolitik einzufordern. Vera Thiel

Michael Beileites; *Schweiz oder Kasachstan*; 100 Seiten; erschienen im ABL Verlag; ISBN 978-3-93041354-6; 8,- €



Leitbild Schweiz oder Kasachstan?

Zur Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen
Eine Denkschrift zur Agrarpolitik
von Michael Beileites
mit einem Geleitwort von Michael Succow



Kurzes am Rande

Jung, dynamisch, erfolgreich!

Egal ob Landwirt, Student oder Quereinsteiger, in dem Buch *Jung, dynamisch, erfolglos?* kann sich jeder in einem Rollenspiel zur Existenzgründung in der Landwirtschaft wiederfinden. Spielerisch und doch realistisch werden Möglichkeiten zur Verwirklichung der gesteckten Ziele aufgezeigt und beschrieben. Mit alltäglichen Problemen als selbstständiger Bauer wie Preisdruck, Absatzmärkte oder rechtlichen Bestimmungen wird der Leser konfrontiert und hat anschließend mehrere Wege diese Probleme anzugehen. Stellt man fest, dass die Ziele mit dem gewählten Weg nicht zu erreichen sind, geht man einen Schritt zurück und testet die andere Variante. Eine Auswahl von drei Charakteren zu Beginn erleichtert die Einstiegsmöglichkeit. Je länger man liest desto deutlicher wird, wie sich vergangene Entscheidungen auf die Gegenwart und die Zukunft auswirken.

Das Buch ist sowohl für den jungen Leser mit Interesse an der Landwirtschaft oder an der Selbstständigkeit, als auch für den erfahrenen Bauern geeignet. Durch die Schreibweise und die Möglichkeit zur Mitgestaltung wird es nie langweilig und deckt immer wieder neue Möglichkeiten auf, auch für aktive Betriebsleiter. jm

Johannes Dill, & Harald Becker; Titel: *Jung, dynamisch, erfolglos?*; ISBN 978-3-930413-53-9
82 Seiten; 8,- €

zu beziehen über den ABL Verlag.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
22,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- €

- | | |
|--|------------------------|
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,00 € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag | Stückpreis 3,- € |
| Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 € |
| Expl. Wege aus der Hungerkrise | Stückpreis 3,10 € |
| Expl. Linda und Konsorten | Stückpreis 14,90 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € Neu! |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Die beschädigte Kuh im Harnstoffwahnsinn



„Die Kuh auf Milchnahstoff von ±250 mg/l zu ernähren, ist die größte Katastrophe, die ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Wirtschaftlichkeit zerstört hat.“

69,95 €

Die Gesundheit und Wirtschaftlichkeit der Kuh wird bestimmt durch den Zustand ihrer Leber und Nieren, der wiederum abhängig ist von der Rohproteinversorgung. Die Nichtbeachtung dieser Zusammenhänge ist verantwortlich für die verkürzte Nutzungsdauer und verminderte Lebensleistung. Dieses Buch definiert die einzig mögliche Hilfe für die Kuh: permanente, konsequente, generationenübergreifende, nutritive Rohproteinreduktion mit der notwendigen funktionellen Hilfe durch Lebendhefe.

Richten Sie Ihre Bestellung an:

Agrar-Media Medien für die Landwirtschaft
Postfach 1213, D-33399 Verl

Tel: +49 (0)52 46-8 38 60-0 / Fax +49 (0)52 46-8 38 60-50
E-Mail: info@agrar-media.de

Marianne van Putten-Geier verstorben

Nach längerer schwerer Krankheit die Sie stets ohne klagen erduldet hat ist Marianne van Putten-Geier am 19.6.2012 verstorben. Sechs Jahre war Sie in der Vorstandschaft der AbL Bayern stets energiegeladentätig.

Besonders wichtig waren für Sie der Erhalt kleinbäuerlicher Familienbetriebe. Artenreiche gentechnikfreie Landwirtschaft und das Voranbringen des ökologischen Landbaus. Marianne van Putten-Geier bewirtschaftete mit Ihrem Mann Florian Geier einen Demeterbetrieb in Veitlahm – Kulmbach. Junge Menschen aus vielen Nationen konnten auf diesen Hof ein Praktikum absolvieren. Ihre Arbeit war geprägt von ihrer Lebensphilosophie „jeder Mensch hat ein Recht auf ein lebenswürdiges Leben.“

Anton Prechtel, AbL-Bayern

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €; jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS November 2012 ist am 17. Oktober 2012.

Hof und Arbeit

- Suche einen Pächter für kleines ökologisch-soziales Unternehmen im Raum Sächsische Schweiz. Das „Natürlich-Bio-Prinzip“ ist Basis für den Obst und Gemüsebau auf ca. 4 ha Land. Anforderungen: Erfahrung und Zuverlässigkeit. Kontakt: Klaus-Dieter Kuhnert, Zum Heideberg 4, 01796 Dohma/Pirna ☎/Fax: 03501-491968
- Zimmer frei in Land-WG auf Bauernhof mit Bio-Gärtnerei bei Halle/Saale mit viel Platz, Ruhe, See und Natur. www.Amselhof.net, ☎ 034600-25965
- WG bei Verden (2-39 Jahre) hat schönes Zimmer frei. 200,- € all incl. Mitarbeit auf Biohof gegenüber möglich. www.Lohmannshof.de, ☎ 04239-943236
- Größerer ökologisch bewirtschafteter Gemischtbetrieb in Nordostdeutschland sucht Mitarbeiter oder auch eine Familie, auch zum Aufbau eines neuen Betriebszweiges. Zuschrift an CHIFFRE BS 12-10

Tiermarkt

- Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

- Wir sind eine solidarische Gemüsegärtnerei und wollen für unsere Mitglieder das Wintergemüse einlagern. Wer hat Erfahrungen mit dem Bau von Erdkellern für die Obst- und Gemüselagerung? Oder wer hat einen Kühlcontainer abzugeben? Kontakt: info@erntegemeinschaft.de
- Die freie Waldorfschule Augsburg sucht Bauernhöfe im Süddeutschen Raum, die je 1 bis 2 Schüler/-innen der 9. Klasse für 2 bis 3 Wochen einen Praktikumsplatz bieten könnten. Der Zeitraum wäre Ende April bis Ende Juni (Ferien ausgenommen). Bitte melden bei Fr. Fendt, Freie Waldorfschule Augsburg, ☎ 0821-720960

20 Jahre Apfeltage in SH

07. Oktober 2012, Sörup
Angelner Apfelfest mit Schau der Vielfalt, Rückblick von Meinolf Hammerschmidt und Vortrag von Bernd Voß, AbL.
11 bis 17 Uhr, Obstmuseum Pomarium Anglicum, Söruper Ortsteil Winderatt

Praktiker-Leitfaden Mastitis

08. Oktober 2012, Schwerin
Seminar für Einsteiger und erfahrene Praktiker der Homöopathie. Teilnahme kostenfrei, da gefördert über das Bundesprogramm Ökologischer Landbau. Anmeldung: Bäuerliche Gesellschaft Demeter im Norden, ☎ 04132-93301912, info@demeter-im-norden.de

Agrarindustrie oder Garten?

10. Oktober 2012, Schwerin
Agrarindustrie oder Garten der Metropolen - so kontrovers werden die Perspektiven für den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert auf der gemeinsamen Tagung von AbL, BUND, Unternehmerverband MiLaN und Heinrich-Böll-Stiftung.
Anmeldung: BUND-Landesgeschäftsstelle, Fax: 0385 52133920, bund.mv@bund.net, Kontakt: Burkhard Roloff, ☎ 0385 52133913, Programm: www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/themen_und_projekte/terminuebersicht/

EU-Agrarreform 2014

11. Oktober 2012, Woringen
Wertschätzung der landwirtschaftlichen Arbeit als Kriterium bei der Bemessung der EU-Direktzahlungen. Eine Veranstaltung des Agrarverbands Unterallgäu-Memmingen
20.00 Uhr im Gasthof „Schwarzer Adler“, Zeller Straße 1, 87789 Woringen, ☎ 08331-3408, (A7 Ulm-Kempten, Ausfahrt Woringen)

Von der Landschaft leben

11./12. Okt. 2012, Schneverdingen
Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, ☎ 05198 9890-70, Fax: -95, www.nna.de

GVO frei füttern

12. Oktober 2012, Heustreu
BUND und AbL-Franken
19.30 Uhr, Festhalle in Heustreu

„Raising Resistance“

14. Oktober 2012, Schwerin
Film und Diskussion mit Hauptdarsteller Geronimo Arevalos aus Paraguay zu Gen-Soja und Menschenrechtsverletzungen.
19 Uhr Filmvorführung mit anschl. Diskussion, ab 18 Uhr Südamerikanisches Buffet nach Anmeldung im Hof-Café, ☎ 0385 5509154
BUND-Landesgeschäftsstelle, Burkhard Roloff, ☎ 0176 25190600 od. 0385 521339-13, Fax: -20, bund.mv@bund.net
Weitere Termine: Hamburg (15.-16. Okt.), Berlin (16. Okt.), Fürth (17.), Bayreuth (18.), Hohebuch (19.), Augsburg (20.), Aichach (21.), Marktobderdorf (21.), Nürnberg (22.), Legau/Allgäu (23.), Fürstfeldbruck (24.), Burgkirchen/Altötting (25.), Fridolfing-Pietling (26.). Kontakt: Armin Hartleitner (AbL), ☎ 0175-7255012 u. Jan Dunkhorst (FDCL), ☎ 030 693 40 29

Wildnis, Wirtschaft oder was?

19. Oktober 2012, Bad Herrenalb
Für Konsens im Konflikt Nationalpark Nördlicher Schwarzwald. Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 9175-356, Fax: -25-356, www.ev-akademie-baden.de

Terra Preta und neuartige Sanitärsysteme

20. Oktober 2012, Johannishöhe
Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203 37181, www.johannishoehe.de

Wirtschaften im Bauernwald

20. und 21. Oktober 2012, Tauberbischofshaus-Distelhausen
Forstwart Hansjörg Winter zu Bewirtschaftung kleiner Waldbestände mit Begehung.
LHVHS Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781. www.LHVHS.de

Wir haben es satt

24. Oktober 2012, Schwerin
Kundgebung vorm Landtag für eine bessere Agrarpolitik
Bauernhöfe statt Agrarfabriken, BUND, Deutscher Tierschutzbund (Landesverband MV), AbL und Unternehmerverband MiLaN - Mit Lust an Natur e.V.
12.00 vor dem Landtag in Schwerin

Fairness im Welthandel

26. bis 27. Oktober 2012, Berlin
- freiwillig oder verpflichtend?
www.misereor.de/faireerhandel-anmeldung, Fax: 0241-442 564, Kontakt: Ulrike Rosenbusch, ☎ 0241-442268

Kundgebung Mobilfunk

27. Oktober 2012, München
Diagnose-Funk fordert mit Unterstützung von AbL Ausbaustop für Behördenfunk-Projekt und Überprüfung der Grenzwerte.
11 bis 15 Uhr auf dem Odeonsplatz in

München, Kontakt: kundgebung-muenchen-2012@diagnose-funk.de, Infos: www.info.diagnose-funk.org

Lernen am Modell -

26. bis 28. Oktober 2012
Neue Beratungsansätze für den ländlichen Raum
Ev. Akademie Hofgeismar, ☎ 05671 881-0, Fax: -154

Regionaltreffen AbL Franken

04. November 2012, Erlangen
Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen, sich in der WAB Kosbach, Wohnen und Arbeiten für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, zum Thema Soziale Landwirtschaft zu informieren.
Beginn 13 Uhr, Anmeldung: Isabella Hirsch, ☎ 09852-1846

Weltagrarrbericht

05. November 2012, Oberasbach
Mit Referent Benny Haerlin.
19.30 Uhr, Gemeindezentrum St. Markus Oberasbach-Altenberg, Markusweg 2, 90522 Oberasbach (Eingang Kurt-Schumacher-Str.), Veranstalter VHS Oberasbach, Info: AbL-Franken, Wolfgang Kleinlein, ☎ 015110739091

Nachhaltig wirtschaften!

05. November 2012, Köln
Agrarpolitisches Forum des Agrar-Bündnis zu Anpassung Berufsausbildung in Grünen Berufen an aktuelle Herausforderungen.
10.30 bis 14.00 Uhr im Domforum Köln (am Hbf), anschließend Mitgliederversammlung AgrarBündnis e.V.
Verbindliche Anmeldung bis 31. Oktober: Frieder Thomas, ☎ 07531 282939-1, Fax: -2, info@agraruendnis.de

Vo(r)m Standesamt zum Notar

07. November 2012, Hohebuch.
Eherecht und Landwirtschaft.
Anmeldung bis 31. Oktober: Ev. Bauernwerk, Andrea Scherer, ☎ 07942 107-74, Fax: -77, A.Scherer@hohebuch.de

SIGÖL Fortbildung

08.11.2012, Bad Döben
Ernährungssouveränität, Tier-schutzlabel, Wertschöpfung.
Sächsische IG Ökologischer Landbau, ☎ u. Fax: 034243-21491

Solidarische Landwirtschaft

09. bis 11. November 2012, Kassel
Herbsttreffen. Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen. Auch Besichtigung CSA-Gärtnerei Wurzelwerk möglich.
☎ 0151 20618191 (Di u. Do 10 - 13 Uhr); Fax: 05605 925034; info@solidarische-landwirtschaft.org

Wir haben es satt!

10. November 2012, Hannover
Demonstration: Bürger und Bauern für eine neue, faire Agrarpolitik in Niedersachsen! Treffen der Teilnehmer und Trecker 11 Uhr, Steintor, 12 Uhr Beginn der Demonstration, 13 Uhr Abschlusskundgebung auf dem Opernplatz, 15.30 Uhr Agrarpolitische Veranstaltung in der Marktkirche.
Nähere Infos bei der AbL, Georg Janßen, #T 04131-407757, janssen@abl-ev.de oder www.wir-haben-es-satt.de/Hannover



Landesverband NRW

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
AbL Landesverband NRW
Patente, Gentechnik und eine neue Agrarreform – Was kommt auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu?

Mittwoch, den 31. Oktober 2012 um 19.30 Uhr
Haus Düsse, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf

Wie sollte eine Agrarpolitik aussehen, die sich die Aufgabe der gerechteren Verteilung auf die Fahnen schreibt? Welche Auswirkungen könnte die neue Reform auf die Landwirtschaft in Westfalen haben? Dies wollen wir gemeinsam mit Ihnen diskutieren.

Referenten: Dr. Peter Liese, CDU, MdEP; Mitglied des Europäischen Parlaments, Abgeordneter für Südwestfalen
Dr. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL e.V.

Info: Katharina Schäfer, Tel: 02381-9053170, nrw@abl-ev.de

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG

Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam

Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



AbL-Tagung

Bäuerliche Landwirtschaft 2.0

Beginn am 22.11. um 17 Uhr
Ende bzw. Übergang zur AbL MV 23.11. um 17 Uhr

Themen u.a.: Saatgut, Kommunikation, Ernährungssouveränität

Anmeldung bis zum 15.11. bei
junge-abl@abl-ev.de oder Henrik Maaß 0160 8217015
Aktuelle Infos und Programm unter www.abl-ev.de/junge-abl

AbL-Tagung

23.-25. November 2012

Evangelische Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald

Nach der Auftaktveranstaltung am Freitag Abend gibt es am Samstag spannende Workshops zu den Themen: EU-Agrarreform, Milch, Bodenpolitik, Gentechnik/Einheimische Eiweißpflanzen/ Energie, Tierhaltung, Aktionen 2013.

Am Samstagnachmittag findet die AbL-Bundesmitgliederversammlung statt
Antragsschluss ist der 13. Oktober 2012

Anträge bitte schriftlich an:

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg
T.04131-407757, Fax: 04131-407758 oder info@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aeiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Gutes Essen bis nach Brüssel

Brüssel hieß das große Ziel des Good Food March. Neben den Aktionen und dem großen Abschluss in Brüssel gab es auf der Strecke auch viel Interessantes und Schönes. Regine Holloh von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ gibt Einblicke in den täglichen Ablauf und die Besonderheiten der Tour: „Die Stimmung der „Fahrgemeinschaft“ war schon beim Start super. Ein besonderes Highlight war die Strecke über die Schwäbische Alb – trotz einer anhaltenden Regenfront und einer langen Tagesetappe von 70 km. Mit der Aussicht auf heißen Kakao und der Vorfreude auf Brüssel wurde auch diese schwere Berg- etappe gemeistert. Die gemeinsamen Mahlzeiten, serviert von der Fläming Kitchen und angekündigt durch eine Kanne mit Blumen an der Straße, waren immer ein Highlight. Es wurde gemutmaßt, einige Teilnehmer seien nur wegen des guten Essens auf dem „Good Food March“ dabei. Frisch gestärkt gingen die Etappen mit wehenden Fahnen, Gesängen und guter Stimmung los bzw. weiter. An der Strecke kam es vor allem in den regelmäßigen Pausen auch immer wieder zu Gesprächen mit Einheimischen und Interessierten, die durch die Schlachtrufe



Furiöses Finale des Good Food March in Brüssel. Einige wichtige Akteure im Uhrzeigersinn: Marching Band, Iris Kiefer, Regine Holloh, Hendrik Maas und EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș, Fotos: Nürnberger und dieausloeser/berlin

und die Fahnen angezogen wurden. Diskussionen, wozu diese Fahrt dient und wie die Situation in der Landwirtschaft bzw. Ernährungswirtschaft ist, gab es reichlich. Alle Außenstehenden fanden es gut und wichtig, auf das Thema aufmerksam zu machen, und wünschten viel Glück und eine gute Weiterfahrt. Im Laufe der Tour wurden anfängliche Po-Schmerzen nach den ersten Tagen zu Bein-Schmerzen, aber das Ziel in Brüssel war Ansporn für Alle, jeden Tag wieder aufs Fahrrad zu steigen. In Brüssel angekommen waren Einige doch erstaunt, die über 1.100 km Strecke geschafft zu haben.“ *jm*



unabhängige bauernstimme: Für gutes Essen

10/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221